

-4 5.1927

Jahrgang VII Nr. 9

Der Heimatdienst

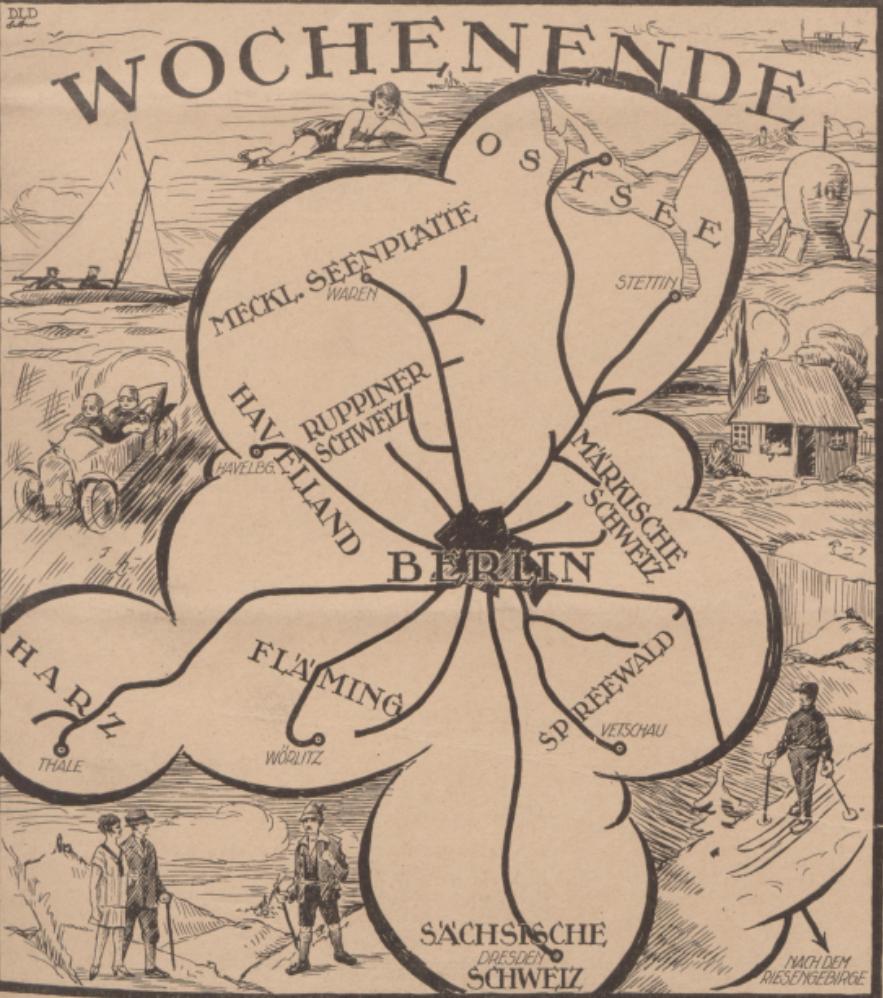
1. Maiheft 1922



Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimatdienst
Daddruck. Jährlicher Beitrag
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Das Berufsausbildungsgesetz. Von Ministerialrat
Schindler. — Der englische Staatshaushalt. Von Dr. Oscar
Wingen. — Die Tragödie der deutschen Geschichte. Von Prof. Dr. Philipp
Horn. — Verliert Europa seine wirtschaftliche Vormachtstellung? usw.

In Commission:
Zentralverlag 8.-m. Berlin W 35
Halbjährlich 2,50 Mark. Jährlich 5,- Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu bestellen



Das Berufsausbildungsgesetz.

Von Ministerialrat Schindler.

Nach mehrjährigen Vorbereitungen und nach wiederholter Ankündigung von Regierungsseite ist soeben der amtliche Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes im "Reichsarbeitsblatt" (Heft 10 des laufenden Jahrganges vom 1. April d. J.) veröffentlicht worden und auch schon Reichsrat und Reichswirtschaftsrat zugesetzt worden. Außerdem ist der amtliche Entwurf nebst Begründung als 29. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt eben im Verlage von Reimer Hobbing, Berlin, erschienen. Die ersten kritischen Stimmen werden in der Öffentlichkeit schon laut, und es liegt alle Veranlassung vor, sich mit diesem ungewöhnlich wichtigen neuen Entwurfe zu beschäftigen. Die Neuregelung der Berufsausbildung der Jugend ist nämlich eine staatspolitische Notwendigkeit, der durchaus mit Belehrung genügt werden muß.

Vorausgesetzt: es handelt sich um kein Schulgesetz. Die Berufsausbildung in der Schule — so wichtig unser Berufs- und Fachschulwesen ist — wird in dem Entwurfe nicht behandelt, sondern die Berufsausbildung im Betriebe, diesen aber im weitesten Sinne gefaßt. Das geltende Recht kennt eine solche, einheitliche und umfassende Regelung der Berufsausbildung überhaupt nicht, sondern kennt nur Lehrlingsrechte oder Anfänge in solchen, und zwar nur für einzelne Berufsgruppen, im wesentlichen für gewerbliche Lehrlinge und unter diesen besonders für Handwerkslehrlinge, und für handlungsliebende.

Der vorliegende Entwurf faßt die ganze Frage grundsätzlich und umfassend. Jeder Jugendliche, mit Ausnahme solcher, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, also mit dieser Ausnahme alle als Arbeiter, Angestellte oder Lehrlinge beschäftigten Personen von 14—18 Jahren fallen unter das künftige Gesetz fallen. Für Reichsbetriebe, Schifffahrt und Flößerei hat die Reichsregierung, für Landesbetriebe, Bergbau und Hauswirtschaft haben die Landesregierungen die Befugnis abweichender Regelung; im übrigen aber fällt jeder im Betriebe tätige Jugendliche zwischen 14—18 Jahren unter das Gesetz.

Das bedeutet gegenüber dem geltenden Rechte eine ganz grundlegende Änderung. Es soll damit nicht nur die bisherige, für die einzelnen Berufe verschiedene Sonderregelung fallen, sondern es soll zum ersten Male der Tatjache Rechnung getragen werden, daß ein nicht unerheblicher Teil unserer Jugend die Berufsausbildung nicht im Lehrverhältnis, sondern als jugendliche Arbeiter und Angestellte erhält.

Gewiß wird und muß der Schwerpunkt der Berufsausbildung und damit der gesetzlichen Regelung bei dem Lehrverhältnisse liegen. Deshalb sieht sich auch der weiteste große Teil des Entwurfs mit Lehrling, Lehrvertrag, Lehrverhältnis und Lehrlingsprüfung. Aber immer muß doch bestehen, daß auch der jugendliche Arbeiter und Angestellte einen Anspruch auf Erziehung, Ausbildung und Fürsorge hat, und daß nicht schlechtedernd jeder Arbeitgeber geeigneter und in der Lage ist, diesen Anspruch zu befriedigen. Deshalb sieht der Entwurf die Möglichkeit vor, ungeeignete, unwirksame und fiktiv bedenkliche Arbeitgeber von der Beschäftigung Jugendlicher überhaupt, nicht nur der Lehrlinge, auszuschließen; er sieht Erziehungs- und Fürsorgepflicht für den Arbeitgeber, Geborams- und Treuepflicht für den Jugendlichen fest.

Unabweisbar wird gerade dieser umfassende Charakter des Entwurfs angegriffen werden. M. E. zu Unrecht. Dem Arbeitgeber Jugendlicher wird nicht mehr zugemutet, als unserer Anschauungen von sozialer Verpflichtung, insbesondere der Jugend gegenüber entspricht; der Jugend aber wird eine etwas straffere Bindung auch des Arbeitsverhältnisses nur heilsam sein. Man darf nicht von Verwahlosung der Jugend sprechen, wenn man nicht gleichzeitig bereit ist, der Jugend zu geben, was ihr kommt.

Der andere, nicht minder wichtige Grundgedanke des Entwurfs ist der folgende:

Es handelt sich um ein Rahmengesetz, das wesentlichen Inhalt durch die berufsständische oder, besser gesagt, wirt-

schafliche Selbstverwaltung der Beteiligten erhalten soll. Der Gedanke der wirtschaftlichen Selbstverwaltung tritt auch in anderen neuen Gesetzen und Entwürfen, besonders im Arbeitsnachweiszettel und im Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes, stark hervor; er hat namentlich im Berufstands-Rechte des Handwerks einen beachtlichen Vorläufer, ist aber im wesentlichen in der Nachkriegszeit entstanden und verpricht überaus fruchtbar und bedeutungsvoll zu werden. Der Staat verzichtet darauf, selbst alle Einzelheiten anzugeben, sondern beschränkt sich im wesentlichen darauf, die Wirtschaft selbst in ihren Körperschaften und Vereinigungen im Wege der Selbstverwaltung anordnen zu lassen, was sie für dienlich hält, behält sich aber die Oberleitung des Ganzen und die Genehmigung der wichtigsten Beschlüsse vor.

Diese Gedanken sind in dem vorliegenden Entwurfe folgerichtig durchgedacht und durchgeführt worden. Die eigentliche Durchführung des Gesetzes soll den gesetzlichen Berufsvertretungen, den Handwerks- und den Handelskammern, obliegen. Für Betriebe und Berufe, die weder den Handwerks noch den Handelskammern unterstehen, können Behelfsorganisationen geschaffen werden.

Dabei aber ergab sich eine Schwierigkeit. Die Handwerks- und die Handelskammern sind Körperschaften der selbständigen Unternehmer. Aber wie man sich im übrigen grundsätzlich zu der Frage der Parität stellen mag; unabweisbar ist, daß in Angelegenheiten der Berufsausbildung der gesamte Berufstand beteiligt ist, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und zwar zu gleichen Rechten. Wenn der Gedanke der Gleichberechtigung der Arbeitnehmerschaft überhaupt einen Sinn haben soll, so muß er hier zum Durchbruch kommen. Damit fällt in das Verhältnis zwischen Lehrmeister und Lehrling kein Keil getrieben, auch kein Dritter eingeschaltet werden; aber für allgemeine und grundfäßliche Anordnung und Regelung kann auf gleichberechtigte Mitwirkung beider Teile des Berufstandes nicht verzichtet werden.

Der Entwurf sieht vor, daß die gesetzlichen Berufsvertretungen die ihnen zugeschriebenen Befugnisse durch partitäre Ausschüsse ausüben, deren Beschlüsse bindend und von den Geschäftsstellen der Kammern auszuführen sind. Der Grundsatz der Parität ist vorbehaltlos durchgeführt; deshalb sollen die Ausschüsse auch ihre Vorsitzenden selbst aus ihrer Mitte wählen.

Zu beachten war dabei aber, daß bei aller Werksamkeit der wirtschaftlichen Selbstverwaltung die Berufsausbildung der Jugend eine Frage von einer Bedeutung ist, die über das beredsame Interesse des Berufstandes hinausgeht und die Allgemeinheit vielfach und lebhaft berührt. Der Staat muß deshalb nicht nur die Genehmigung der wichtigsten Beschlüsse dieser Ausschüsse vorbehalten; es war auch die Mitwirkung von Sachverständigen aus solchen Kreisen vorzusehen, die ohne unmittelbares eigenes Interesse am Wohle der Jugend mitzuwirken bereit sind. Dazu gehören Vertreter des beruflichen und des allgemeinen Schulwesens, der öffentlichen Berufsberatung, der öffentlichen Arbeitsvermittlung, der Jugendämter, der Jugendpflege und der Arzteschaft. Allen diesen war wenigstens beratende Stimme zuzugestehen.

Innerhalb dieser Gesichtspunkte aber hat der Entwurf sich vorbehaltlos auf den Grundzüg wirtschaftlicher Selbstverwaltung gestellt. Die gesetzlichen Berufsvertretungen sollen das gesamte Lehrverhältnis regeln dürfen, auch Durchreisen über Urlaub, Lohn und Ferien erlauben, den Ausbildungsgang für Jugendliche regeln, die Dauer der Lehrezeit und die Höchstzahl der Lehrlinge festsetzen dürfen. Sowohl solche Anordnungen getroffen sind, gehen sie jeder Vereinbarung der Beteiligten selbst, auch dem Tarifverträge, vor.

Wichtig ist von den weiteren Vorschriften des Entwurfs insbesondere der Satz, daß Lehrlinge nur ausgebildet werden dürfen in Betrieben, die von der gesetzlichen Berufsvertretung als Lehrbetriebe anerkannt werden sind. Solche Anerkennung setzt sachliche Eignung des Betriebes und berufliche Eignung des Lehrmeisters oder seines Stellvertreters voraus. Jeder,

dem die Mißstände im Lehrlingswesen bekannt sind, weiß, daß mit Hilfe einer solchen Vorschrift die ärgsten Überstände beseitigt werden könnten. Auch hier ist übrigens der Gedanke der Selbstverwaltung restlos durchgeführt.

Auf manche bedeutungsvollen Einzelheiten — Prüfungs- wesen, Auswahl der Lehrlinge, Zusammenarbeit mit der Berufsschule, Besteuerung solcher Betriebe, die keine Lehrlinge halten — kann leider hier nicht eingegangen werden.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß es sich um einen Gesetzentwurf von ungewöhnlicher wirtschaftlicher, sozialer und

staatapolitischer Bedeutung handelt, der um so schneidiger erledigt werden sollte, als bekanntlich schon vom Jahre 1929 ab mit einem erheblichen, durch den Geburtenausfall während des Krieges verursachten Rückgang der Zahl der Jugendlichen zu rechnen ist. Bis zum Jahre 1935 werden weit über 2 Millionen Jugendliche weniger in das Wirtschaftsleben eintreten. Grund genug, um dem Gedanken der Berufsausbildung der Jugend viel größere Aufmerksamkeit zuzuwenden als bisher. Qualitätsarbeit erfordert Qualitätsarbeiter! Das gilt auch im Zeitalter der Nationalisierung.

Der englische Staatshaushalt.

Von Dr. Oscar Wingen.

Nach den Parlamentsdebatten in Paris und Berlin über den Stand der Staatsfinanzen ist nun auch dem englischen Steuerzahler die nicht sehr erfreuliche Rechnung präsentiert worden. Am 11. April hat Finanzminister W. Churchill in mehr als zweistündiger Rede vor dem überfüllten Unterhause Rechenschaft über Soll und Haben des Reichshaushaltes abgelegt. Hälftejährig stellt sich das englische Budget 1926/27 und der Voranschlag für das am 1. April begonnen laufende Fiskaljahr in großen Umrissen folgendermaßen dar:

I. Einnahmen

	Voranschlag 1926/28	1926/27	Voranschlag 1927/28
	(Mill. Rm.)	(Mill. Rm.)	(Mill. Rm.)
Gesamteinnahmen	16 494,0	16 120,0	16 700,0
darunter			
1. Zölle	2 168,0	2 150,0	2 242,0
2. Indirekte Steuern	2 826,0	2 660,0	2 916,0
3. Einkommensteuer	5 096,0	4 694,0	4 940,0
Zölle u. Steuern insgesamt	15 822,0	15 280,0	15 820,0

II. Ausgaben

Gesamtausgaben	16 650,0	16 848,0	16 668,0
Voranschlag 1927/28			
(Mill. Rm.)			

Gesamtausgaben

darunter	16 668,0
1. Schuldienst	7 400,0
2. Zivilverwaltung	4 720,0
3. Landesverteidigung	2 302,0

Defizit 1926/27 = 728 Mill. Rm.

Danach hat das Budget 1927 an Ausgaben 16.848 Milliarden Reichsmark und an Einnahmen 16.120 Milliarden Reichsmark gebracht, d. h. die Bilanz schließt mit einem Defizit von über 700 Millionen Reichsmark ab, dem größten Minus, das die Geschichte der englischen Staatsfinanzen überhaupt zu verzeichnen gehabt hat. Entstanden ist das Defizit teils durch Minderertrag auf der Einnahmeseite, teils durch Erhöhung der Ausgaben. Was das Zurückbleiben der tatsächlichen Staats- einnahmen, vor allem bei der Einkommensteuer, anzeigt, so erklärt sich das in der Hauptrache aus den ruinösen Folgen des siebenmonatigen Kohlenarbeiterstreiks, der eine starke Minderung des Volkseinkommens zur Folge gehabt hat. Die Mehr- ausgaben sind nach Churchill vor allem auf soziales Gebiet erwachsen.

Das dem Parlament vorgelegte neue Budget gleicht sich, rechnungsmäßig wenigstens, aus, ergibt sogar noch einen geringen Überschuss von rund 30 Millionen Reichsmark. Der Defizitausgleich soll nach dem Vorschlage des Finanzministers auf folgende Weise erreicht werden: Erhöhung der Zölle und Verbrauchsabgaben auf Wein, Tabak und Zündhölzer, Neu- einführung von Zöllen auf Autoreifen und Reifen für Motorräder sowie auf bestimmtes Porzellan, Einziehung von Gläsern bestimmter Breite in den Filmzoll. Sodann sollen die Getränkesteuern der Brauereien, die bisher zweimonatlich gezahlt wurden, monatlich fällig werden, dadurch würden im laufenden Finanzjahr 15 Monatszahlungen zu leisten sein. — Eine weitere einmalige Zusatzaufzahlung entsteht für das Rechnungsjahr 1927/28 dadurch, daß die Grundsteuer am 1. Januar

mit vollem Betrag gezahlt werden soll, nicht, wie bisher, je zur Hälfte am 1. Januar und 1. Juli. Die Staatskasse erhält dadurch den Steuerbetrag von drei Halbjahren.

Endlich soll der Strafbauaufonds gefüllt werden. Auf diesem Wege hofft Churchill das Defizit des letzten Jahres auszugleichen unter der Voraussetzung, daß keine unvorhergesehenen Ausgaben entstehen. Gleichzeitig ist die Durchführung eines, wenn auch recht beabsichtigten Sparprogramms angekündigt. So soll das Verkehrsministerium verschwinden, auch das Ministerium für Bergbau würde fortfallen, was vorzugsweise von der Arbeiterpartei befürchtet werden wird, endlich soll die besondere Abteilung für Außenhandelsförderung eingehen. Jedenfalls wird ein merklicher Ausgabenabbau nicht eintreten und damit die immer dringender erhobene Forderung der Wirtschaftskreise nach Steuerabbau ein frommer Wunsch bleiben.

Sieht man sich den Voranschlag für 1927/28 auf der Einnahmeseite an, so fällt die überragende Bedeutung der Einkommensteuer ins Auge. Auch auf die Zölle entfällt ein wachsender Teil der Staateinnahmen: über 2,2 Milliarden Reichsmark gegenüber 710 Millionen Reichsmark 1915/16, ein Beispiel dafür, wie stark die Zollpolitik heute auch von finanziellen Rücksichten beeinflußt wird. Auf der Ausgabenseite ist das Grapierendste der Anteil des Schulddienstes. Nahezu die Hälfte der Ausgaben geht für Schuldzinsen und Schuldtilgung drauf! Und England hat eine ganz gewaltige Staatschuld. Sie belief sich am 31. März d. J. auf rund 150 Milliarden Reichsmark. Davon entfallen auf die Auslandschuld an die Vereinigten Staaten 22 Milliarden Reichsmark, die Inlandschuld steht demnach mit 128 Milliarden Reichsmark zu Buche gegenüber 14,4 Milliarden vor dem Weltkrieg! In inneren Schuldverpflichtungen werden in den nächsten Jahren fällig: 1927/28 = 3,6 Milliarden Reichsmark; 1928/29 = 9 Milliarden Reichsmark und 1929/30 = 1,1 Milliarden Reichsmark. Angesichts dieser Sachlage ist es verständlich, wenn der englische Finanzminister unter dem Beifall des Parlaments aufs Nachdrücklichste auf die Notwendigkeit hinweist, außerordentliche Mittel für die Schuldentlastung außer den laufenden Mitteln heranzuziehen. Auf einer geordneten Schuldennpolitik beruhe Englands größtes kommerzielles Aktivum: seine Kreditwürdigkeit im In- und Auslande.

Die Darlegungen Churchills sind im allgemeinen in der Öffentlichkeit zunächst ruhig aufgenommen worden, wenn es auch nicht an Kritik namentlich von liberaler Seite und von Seiten der Arbeiterpartei fehlt. Man ist durchweg froh, daß es wenigstens ohne ins Gewicht fallende Steuererhöhung abgeht wird, wenn schon keine Steuererminderung zu erhoffen steht. Im übrigen wird das Kreuzfeuer der Kritik erst bei der Einzelbewertung des Budgets kommen. Ob allerdings der rechnungsmäßige Ausgabentwurf tatsächlich auch durchgeführt werden kann, besonders in den kommenden Jahren, muß zweifelhaft erscheinen, wenn nicht auf der Ausgabenseite doch fühlbare Einsparungen eintreten. Wie auch in anderen Ländern so stehen gegenwärtig dem englischen Finanzminister einmalige Mehreinnahmen zur Verfügung, so bei der Getränke- und Grundsteuer, die späterhin fortfallen. Wer vermag z. B. die Entwicklung der außenpolitischen Lage (China) zu übersehen oder welche innerpolitischen für den Wirtschaftsfrieden

bedeutsamen Folgen kann das neueste Vorgehen der konser-
vativen Regierung gegen die Gewerkschaften haben, daß doch
der Arbeitgeber Snowden bereits warnend darauf hingewiesen?
Tatsache bleibt jedenfalls, daß auch der englische Steuerzahler eine rechtschaffene drückende Bürde zu tragen hat.
Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß England
nach den Ver. Staaten das reichste Land der Welt ist, daß der
durchschnittliche Lebenszuschnitt der breiten Massen merklich
höher ist als z. B. in Deutschland. Und was die Riesenlast
der Staatschuld anbetrifft, so sind auch hier erhebliche Unter-
schiede gegenüber der deutschen Reparationslast vorhanden.
Die Kriegsschulden an die Ver. Staaten werden England ab
1928/29 bei normalem Verlauf der Dinge nicht mehr drücken.

denn sie werden aus den Damenzahlungen und den Schuldzahlungen Frankreichs und Italiens abgedekt werden. Die verbleibende innere Schuld wird sich aber volkswirtschaftlich dadurch leichter aus, daß die Summen der Verzinsung und Tilgung im Lande bleiben, der Wirtschaft nicht endgültig voreingenommen wird, während z. B. bei der deutschen Reparationszahlung die Leistung endgültig außer Landes geht und die einheimische Kapitalreserve verläßt. Wenn man endlich das englische Volkseinkommen auf 80 Milliarden RM. geschätzt hat, so dürfte — abgesehen von abnormalen Jahren — diese Ziffer zu niedrig sein. jedenfalls zeigt aber auch das englische Budget deutlich, wo Europa wirtschaftlich der Schuh drückt: enorme Ausgaben für Staatschulden und Landesvermögensaufbau!

Die Tragik der deutschen Geschichte.

Van Oosterom Dr.

Philippe Bern

Das Einleitungskapitel einer brennäckig im Centralverlag, Berlin erschienenen, ebenso knappen wie klar geglieberten Schrift: „Vom alten zum neuen Reich. Kurzer Abriß der deutschen Verfassungs-
geschichte.“

Die Anfänge des deutschen Staatslebens liegen in den germanischen Stammesstaaten, die zunächst einen staatlichen Zusammehang vollständig erlangten. Auch in den Kämpfen mit den Römern ergaben sich anfangs nur lose Bündnisse, die mit der christlichen Zeitrechnung allmählich zu einer Abgrenzung der Römer und der Germanenwelt führten, ohne daß ein stetiger Zusammenschluß staatlichen Charakters unter den germanischen Stammesstaaten erfolgte. In der weiteren Entwicklung traten jedoch nach dem groß angelegten, aber erfolglosen gotischen Staatenbildungsversuch des Ostgoten Theodoric (Dietrich von Bern) die Franken an die Spitze der germanischen Staatenentwicklung – zunächst im Staate der Merowinger, später der Karolinger, deren staatenbildende Kraft im Reiche Karls des Großen den weitesten größten Teil der gefallenen Germanenwelt zusammenfaßte. Durch fränkische Großkönige wurde es nach den Stürmen der Völkerwanderung zum mitteleuropäischen Weltreich und wurde vom Papste zum Kaiserthum des Abendlandes erhoben (800).

Durch die Teilungsverträge von Verdun (843) und Mersen (870) zerfiel dann dieses große Germanenreich in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts in drei Teilstaaten, die als Deutschland, Frankreich und Lothringen sind gliederten und so in jahrhundertelanger Entwicklung zu Grundlage der heutigen mitteleuropäischen Staatenbildung wurden. Der westliche Teil dieses Staatenkomplexes wurde der heutige Staat Frankreich, der allerdings in schwären inneren Kämpfen, einen immer stärkeren und seufzern Staatsarbeiter annahm und durch alle Wandlungen der Jahrhunderte durch ein kraftvolles Königamt und eine immer härtere Verschmelzung der Stämme die jährlige StaatsEinheit Mitteluropas wurde und bis zum heutigen Tage geblieben ist. Der mittlere Teil des farolignischen Staatskomplexes zerstörte sich mehr und mehr, fiel teilweise an Frankreich, teilweise an Deutschland, bildete sich teilweise zu kleinen Staatskörpern aus, besonders in seinen südlichen Teilen, bis er endlich nach endlosen inneren Kämpfen von fast zwei Jahrtausenden in der Mitte des 19. Jahrhunderts als eindeutiger Staat Italien zusammenwusch, der heute als mitteleuropäischer Staat die Großmacht dem Staatenkonsens, Europa- und der Welt anerkannt ist.

Wieder eine andere Entwicklung nahm der östliche Teil des ehemaligen Karolingierreiches, das deutsche Deutschland. Dieses frühere deutsche Reich vermoderte für sich die Kaiserkrone der Welt zu behaupten und weiterhin durch erneute Krönung (Otto I. 952) zu neuem Glanz zu erhöhen. Aber ungleich dem französischen Königreich vermoderte das deutsche Kaiser-Königreich niemals die feste starke Staatsgewalt zu gewinnen wie jenes. Auch in Deutschland fand Jahrhundertelang ein heftiges Kampfen statt zwischen den zentralen Rechten der Kaiser-Könige mit den Stammesherzögen, und in glücklichen Perioden schien die Zentralgewalt das Übergewicht über die territorialen Gewalten der Stammesfürsten gewonnen zu haben. Aber dies waren immer nur vorübergehende Epochen; ein dauerndes festes Gewaltmonopol der Kaiser und Königsbergschaft, wie solches in Frankreich sich durchlebte, war in Deutschland nicht zu erreichen. Unter den Sachsen- und Hohenstaufenkaisern vermögten sich immerhin eine starke Reichsgewalt noch zu beweisen zu behaupten, aber die unfehlige Verfestigung deutscher und italienischer Dinge entleerte die deutsche Kaisermaut immer mehr ihrer inneren Stärke und Kraft. Zwei Momente waren es hauptsächlich, das die deutsche Kaiserfamilie seiner inneren und äußeren Kraft beraubten: einmal die unanrückbare Kämpe mit dem Papsttum und zweitens die niemals endenden Zwieträgerheiten zwischen der Zentralgewalt und den zu einer stetigen Macht erforderten Territorialherren der Stammesherzöge. Die legerwähnten Geistlichen führten spätestens 1220 unter 1251/52 zu dem unerwarteten

lichen Preisgabe der Staatsgewalt an die Landesherren durch Reichs-
gesetz, erst an die geistlichen, sodann an die weltlichen.

Diese beiden geschichtsberühmten Alte, leider bis zu dieser Stunde in der deutschen Dozententwicklung und in deren Erkenntnis im gesamten Schulunterricht des deutschen Volkes jüll zu wenig in ihrer Bedeutung gewürdigt, stellen den vorhängnisvollsten Einschnitt in dem einheitlichen deutschen Volksgedankens dar, von dem unter Volk sich seitdem bis in die neueste Zeit niemals wieder hat. Von diesem Reichsbedenkenzustand war es doch immer noch der einheitliche deutsche Staat. Als aber, schon seit der Zeit der Sachsenkriege und in voller Stärke durch die Hohenstaufen, die Dinge des deutschen Staatslebens sich immer erger mit den Kämpfen des italienischen Staatslebens verflochten, ergrat mit dem deutschen Staats- und Volksgedanke immer mehr in den Hintergrund, und in der Zeit der späteren Hohenstaufen wurde das deutsche Staatsleben und der deutsche Volksgedanke mehr und mehr zum Anhänger der italienischen immer neuen und äußersten Kämpfe. Schön Heinrich VI. und noch mehr noch Friedrich II., waren in dieser Kette italienische Füchsen und nur im Nebenanteil deutscher Kaiser. So kam es zu jenen Gesetzen, die die deutsche Staatsgewalt in weiterhin führte die ganz Reichsbedenklichkeit der Hohenstaufen völlig zusammen, auf dem Bluterguss, auf dem Konradis, des leichten Hohenstaufen, aufs Haupt unter dem Siegel fiel, ohne daß deutsche Staats- und Volkstrafft diese Katastrophe hätte verhindern oder abwenden könnten. Es konnte zu einer wirklichen Kaiserwahl nicht mehr kommen, und es begann für das deutsche Reich und Volk „die Kaiserlosigkeit, die fernste alte Zeit“.

Zwar vermochte die deutsche Volkskraft sich wieder aus dieser ihrer tiefsten Erniedrigung zu erheben, und mit Rudolf von Habsburg begann die Zeit, in der das Geschick Deutschlands fast ausschließlich durch das österreichische Kaiserhaus der Habsburger bestimmt wurde, und der es nicht an kraftvollen Herrscherpersönlichkeiten wie Maximilian I. fehlte.

Aber der Staatsgebäude des Reiches als des Staates des einheitlichen deutschen Volkes, der ja auch in früherer Zeit niemals zu wirtlicher inneres und äußere Stärke sich hätte emporringen können, war inzwischen, besonders unter den und durch die Hohenstaufen, zu einer Schwäche herabgekommen, daß alle Verdüste, den Reichsgedanken wieder zu wirtlicher Kraft und Stärke zu erheben, vergeblich blieben. Und als dann noch füger Zeit das große weltkirchliche Schifst der Reformation das deutsche Volk in zwei gleich große Teile innerlich zerklüftete, war die lezte Hoffnung geschwunden, auf der Grundlage des alten Reiches, des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, einen kastellaren Neubau des deutschen Reiches für das ganze deutsche Volk wiederherzustellen. Selbst die Kraft des Staates, in dem die Sonne niemals unterging, des Staates Karls V., war dazu nicht mehr imstande; das alte Reich warrettungslos dem Untergang verfallen. Die inneren Kräfte, die die Tercplittung ließ in sich tragen, waren stärker als die äußere Macht, die der Träger des Einheits-standes war.

Die Religionskriege, die seit 1521 die letzten Reste deutscher Staatsheit des Reiches auszulöschen suchten, führten also dann zum Durchbruch des sozialen Krieges, der Deutschland ins tiefe Elend stürzte und mangels deutscher Staatsheit als zum Tumultenplätzender Heere unter fremden Feldherren mache. Nach mancherlei Zwischenfällen, die in das Gewicht der Weltpolitik aufs tiefste eingriffen, kam endlich 1648 der Weltkrieg Friede zu Münster und Osnabrück zustande, dem das Gemeinel auf deutscher Erde ein Ende machte, aber zugleich den Staatsgebilde des alten Reiches ein endgültiges Ende bereitete. Er hat das alte deutsche Reich zerbrochen und das deutsche Volk in seine Bestandteile gerissen, die sich in heftiger Feindschaft bekämpften und die Einheit des deutschen Volkes immer mehr zum trüfsten Spielball fremder Mächte werden ließen.

Berichtet Europa seine wirtschaftliche Vormachtstellung?

(Sein Anteil an der Weltproduktion einst und jetzt.)

Von Regierungsrat Horwitz.

Als Aufgabe zur Weltwirtschaftskonferenz hat die wirtschaftliche Abteilung des Völkerbunds, bei der das Material aus fast allen Ländern der Erde zusammenströmt, u. a. eine Denkschrift über die Güterproduktion in der Welt herausgegeben. Sie folgte einer Untersuchung über den Weltbedarf, und beide zusammen räumen die Probleme, die die Nachkriegszeit wohl für alle Völker aufgeworfen hat, in das helle Licht unverblütl. Tatsachen. Die Frage, ob das wirtschaftliche Schwerpunktgewicht in der Welt sich mehr und mehr von Europa auf die anderen Erdteile verlagert, beschäftigt Wirtschaftswissenschaft und Statistik in wachsendem Maße. Auf verschiedenen Einzelgebieten, vor allem in der Entwicklungstendenz des Welthandels und der Weltbevölkerung, ist diese Enteuropäisierung der Weltwirtschaft¹, ist dieses langsame Ablegen des Schwergewichts deutlich erkennbar. Der Rückgang des europäischen Anteils an den Gesamtumfängen des Welthandels von 55,5 v. H. im Jahre 1913 auf 39,4 v. H. im Jahre 1925 — und damit ist der tatsächliche Grad des Rückgangs noch nicht einmal gekennzeichnet — spricht eine unmißverständliche Sprache. Zeigen sich die gleichen Symptome auch auf dem Gebiet der Weltproduktion? Die fürstlich vom Völkerbund herausgegebene Denkschrift versucht über den Wandel der Weltzeugung Aufschluß zu geben. Und da es bei der Unzulänglichkeit der statistischen Erfassung des Produktionsergebnisses der verarbeitenden Industrien in den einzelnen Ländern nicht gut möglich ist, ein Gesamtbild der Produktion in der Welt (mit Einschluß der Fertigfabrikate) zu geben, beschränkt sich die Untersuchung auf die Gesamtsumme der Produktionsergebnisse von Rohstoffen und Nahrungsmittern. So ergibt sich wohl nur ein rohes Bild von der wirtschaftlichen Altität der einzelnen Erdteile; doch darum, weil die Feststellung der erzeugten Rohstoffmenge noch nichts über Umfang und Wert der daraus gewonnenen Produkte befragt — je nach dem Grad der Spannweite, die man bei der Verarbeitung des Rohstoffmaterials wählt läßt, und je nach der Feinheit der Güter, die man daraus erzeugt, wird das Produktionsergebnis verschieden sein. Die statistische Erfassung der Rohstoffserzeugung wird also nur unter Vorbehalt einer Absehung der Gütererzeugung insgesamt zugrunde gelegt werden können. Nichtsdestoweniger gibt die Untersuchung des Völkerbunds, die 56 Rohstoffe (14 Hauptnahrungsmittel und 42 Rohprodukte) umfaßt, ein anschauliches Bild von den Veränderungen, die im letzten Jahrzehnt in der Weltserzeugung eingetreten sind. Lassen wir sie, ausgedrückt in Prozenten, einmal kurz und übersichtlich gegliedert zusammen:

Die Weltproduktion von Rohstoffen.



ist gegenüber dem Vorkriegstand eine starke Verschiebung zu ungünstigen Europas eingetreten, die das nebenstehende Schaubild verdeutlicht.

Es zeigt sich, daß ganz besonders in der Erzeugung von industriellen Rohstoffen Nordamerika den alten Kontinent weit überflügelt hat: Amerikas Anteil ist von 39,9 v. H. auf 58,7 v. H. gestiegen, während der europäische Anteil von 59,4 v. H. auf 31,2 v. H. gesunken ist. Ebenso wächst auch Asiens Bedeutung als Produktionsstätte von Industrierohstoffen. Diese Tendenz einer stärkeren Zunahme der Produktion von industriellen Rohstoffen in der Welt gegenüber der Erzeugung von Nahrungsmitteln (und diese Tendenz zeigt sich deutlich auch im Jahre 1926) erläutert sich zu einem großen Teil aus der Tatsache, daß die gesiegerte Kaufkraft wichtiger Länder, wie der Vereinigten Staaten, in den Nachkriegsjahren nicht so sehr der Erhöhung des Konsums an Nahrungsmitteln zugute gekommen ist — der Lebensstandard der in Frage kommenden Länder war in dieser Hinsicht von jener relativ hoch —, als vielmehr einer verstärkten Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen.

Wir sehen, wie Europa einst — vor dem unumwandelbaren Weltkrieg — einen außerordentlich hohen Prozentsatz aller wichtigen Rohstoffe (Kohle, Eisen, sonstige Metalle, Chemikalien, Düngemittel, Getreide und andere Nahrungsmittel) erzeugte und damit nicht nur seinen Bedarf in den meisten Rohstoffen selbst deckte, sondern auch andere Erdteile mit seinem Überschüttens versorgte. Europas Anteil an der Rohstoffproduktion betrug damals mehr als 45 v. H. Das Gebiet, das wir neuerdings als die Hauptproduktionsstätte der Welt anzusprechen pflegen, Nordamerika, kam erst — mit einer Rohstoffproduktion von 26,8 v. H. — in weitem Abstand hinter dem

alten Kontinent. Seitdem sind mehr als zwölf Jahre vergangen. Zwischen einst und jetzt liegt der Krieg mit seinen schwerwiegenden Folgen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Wie verhält sich die Rohstoffproduktion der Welt im Jahre 1925? Zunächst eine überraschende Feststellung: alle Erdteile (abgesehen von Ozeanien, das seinen Produktionsstand gewahrt hat) haben ihre Rohstoffproduktion gegenüber dem Vorkriegszeit mehr oder weniger gekegert — mit Ausnahme von Europa, das, als einziger Kontinent, heute erheblich weniger produziert als vor dem Kriege. Europas Anteil an der Weltproduktion ist von 45,4 v. H. auf 38,7 v. H. gesunken, und sein Anteil an der gesamten Rohstoffproduktion der Welt ist um so geringer geworden, als die anderen Erdteile, wie wir sehen, im Gegensatz zu Europa ihre Leistungen zu steigern vermochten. Europa hat also seine ehemals überragende Stellung nicht nur als Welt handelsfaktor eingebüßt; auch was die Erzeugung der wichtigsten — insbesondere industriellen — Rohstoffe anlangt, hat es sich überflügeln lassen. Die anderen Kontinente sind im Begriff, aufzurücken, und die einkreisigen Wühle zwischen den Anteilziffern der einzelnen Erdteile vermindernd sich zusehends — zu Ungunsten von Europa. Nicht nur der Anteil Nordamerikas ist im Zunehmen begriffen. Auch auf den Anteil Asiens trifft dies, wenn auch in verringertem Umfang, zu. Und was für unsern Erdteil von besonderer Tragweite ist: seine Güterproduktion ist im Gegensatz zu den anderen Kontinenten hinter seiner Bevölkerungsvermehrung zurückgeblieben.

Noch eine andere wichtige Tatsache bedarf der Erwähnung: In Europa entfiel im Jahre 1925 ein höherer Prozentsatz der Gesamtproduktion auf die Erzeugung von Getreide und anderen Nahrungsmitteln als vor dem Kriege — im Gegensatz zu Nordamerika, das sich anlegen sein ließ, die Produktion von Industrierohstoffen gegenüber der Erzeugung von Nahrungsmitteln zu steigern. Auch die anderen Erdteile — mit Ausnahme von Südamerika und Australien, deren Bedeutung als Getreideexportländer gewachsen ist — geben der Rohstoffproduktion gegenüber der Nahrungsmittelproduktion den Vortzug — nur Europa muß seine Kräfte anspannen und ein gut Teil seiner Arbeitszeit (einen wesentlich größeren als vor dem Kriege) darauf verwenden, den Nahrungsbedarf seiner Bevölkerung zu befriedigen. Die Folge ist: in der Erzeugung von Industrierohstoffen (also ohne Nahrungsmittel) ist gegenwärtig dem Vorkriegstand eine starke Verschiebung zu ungünstigen Europas eingetreten, die das nebenstehende Schaubild verdeutlicht.

Wenn auch bei einem Vergleich der Produktionsergebnisse der einzelnen Erdteile zu berücksichtigen ist, daß der Rückgang der europäischen Rohstoffproduktion nicht gleichbedeutend zu sein braucht mit einem Rückgang der Produktion von Industrierohstoffen, so ist doch die nun Grund auf geänderte Lage auf dem Gebiet der Welt-Rohstofferzeugung — im Zusammenhang mit dem Rückgang des europäischen Anteils am Welt handel — ein unverkennbares Symptom dafür, in welchem Grad unter Erdteil seine ehemals überragende Geltung in der Welt eingebüßt hat — in welchem Umfang und in welch beschleunigtem Tempo die wirtschaftliche Entthronung Europas sich vollzieht.

Wochenende.

Von Robert Breuer.



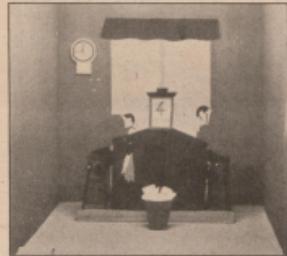
1900



Wohnraube bei Berlin



Meine Sonntagsarbe



Mein Brüder schlus

Dargestellt vom D. H. V.



Gesundes Wochenende

Von der Berliner Wochenendausstellung

Wochenende.

Ein Leben in ungegliederter Zeit ist nicht vorstellbar. Weder für Pflanze noch für Tier. Auch nicht für das Gestein. Dem Menschen aber genügt nicht die primitive Teilung in Pulschläge, Atemzüge, Tag und Nacht, Sommer und Winter, Hunger und Sätteln, Wachen und Schlafen. Der Mensch sieht Anfang und Ende, Vergangenheit und Zukunft, Ursache und Wirkung. Der Mensch braucht, um Leben zu können, Spannungen, den Dialog zwischen Erwartung und Erfüllung. Der Mensch hat den rhythmischen Ablauf des Jahres fühllich organisiert; er hat Sabbat und Sonntag geheiligt. Während die vegetative und animalistische Welt Sommer und Winterfeld wechselt, durchläuft der Mensch einen sinnvollen Kreis von Feste. Art und Geschehnis dieser Feste ist für die Station der kulturellen Entwicklung nicht weniger maßbestimmend, als die Technifizierung des Arbeitsprozesses. Die Nutzung der Freizeit kennzeichnet Person und Volk aufschließender, als der Kampf um Sein und Lohn. Zeig mir, wie du feierst, und ich will dir sagen, wer du bist! —

Ohne Milie ließe sich eine Apologie des Arbeitsintervales schreiben, der Flachkunst des Ausruhens, nicht etwa nur des Schlafens, vielmehr des bewußten Fürsichtfeins, der aktiven Liebhaberei, des handelnden Spielens. Lesen, Musizieren, Wandern, Sport sind hier zu nennen, auch Tiere pflegen und Tiere ischießen, den Garten umgraben, die Laube anstreichen, den Balkon bepflanzen. Entscheidend ist: die Umshaltung des Gesamtseins, der hundertundachtziggradige Polwechsel, das Vollkommenanderes. Auch die Freizeit kann Anstrengung sein. Bis zur Ermüdung. In solchem Zusammenhang ist Ausruhen nicht Faulenzen. Entscheidend bleibt: die Erweckung und Strapazierung eines sonst abfalls gehalteten Komplexes. Hygiene des Kontaktes, Soziologisch: Freiheit für den Eingespannten, Auslösung des immanrenten Herrengefüls, Selbstbefehl über Zeit und Kraft. Medizinisch: Luft statt Staub, Sonne statt Hochogenium, gestreckter Aktionsradius statt minutöser Spezialisierung, gerade Schritte statt kurvigen Sitzen, Revolutionierung aller Muskeln und der Nerven statt monomaner Beaufordnung eines isolierten Bündels. Das seelendärfte Geheimnis der Freizeit ist das Wiederzusammenschließen des zerstörten Arbeitsinstrumentes zur kosmisch umfangenen Persönlichkeit.

In solchen Erwägungen wurzelt das nationalmoralische Recht des Wochenendes.



Gesundes Wochenende

Wochenende.

Von Robert Breuer.



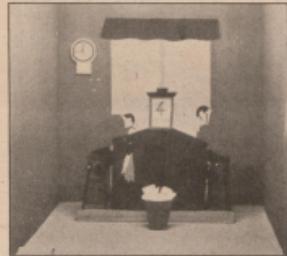
1900



Wohnraube bei Berlin



Meine Sonntagsarbe



Mein Brüder schlus

Dargestellt vom D. H. V.



Gesundes Wochenende

Wochenende.

Von Robert Breuer.



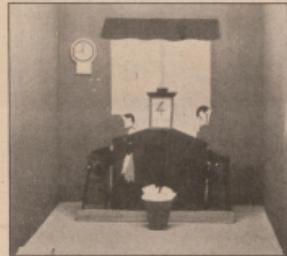
1900



Wohnraube bei Berlin



Meine Sonntagsarbe



Mein Brüder schlus

Dargestellt vom D. H. V.



Gesundes Wochenende

Wochenende.

Von Robert Breuer.



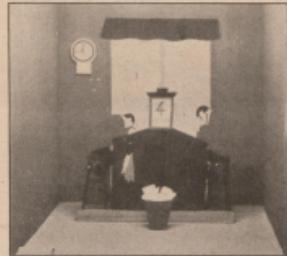
1900



Wohnraube bei Berlin



Meine Sonntagsarbe



Mein Brüder schlus

Dargestellt vom D. H. V.



Gesundes Wochenende

Wochenende.

Von Robert Breuer.



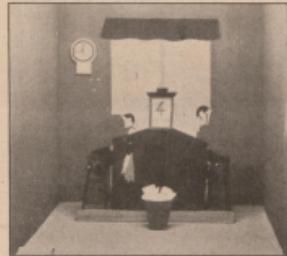
1900



Wohnraube bei Berlin



Meine Sonntagsarbe



Mein Brüder schlus

Dargestellt vom D. H. V.



Gesundes Wochenende

Wochenende.

Von Robert Breuer.



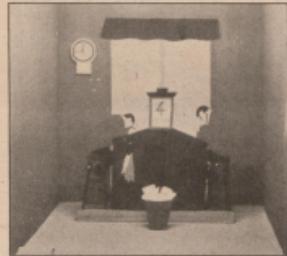
1900



Wohnraube bei Berlin



Meine Sonntagsarbe



Mein Brüder schlus

Dargestellt vom D. H. V.



Gesundes Wochenende

Wochenende.

Von Robert Breuer.



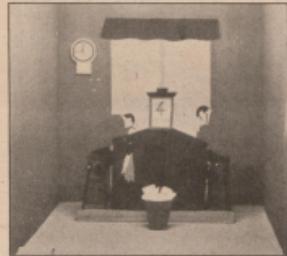
1900



Wohnraube bei Berlin



Meine Sonntagsarbe



Mein Brüder schlus

Dargestellt vom D. H. V.



Gesundes Wochenende

Wochenende.

Von Robert Breuer.



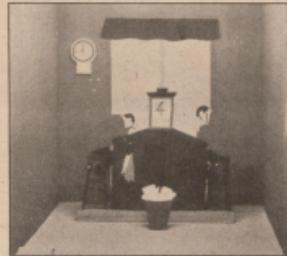
1900



Wohnraube bei Berlin



Meine Sonntagsarbe



Mein Brüder schlus

Dargestellt vom D. H. V.



Gesundes Wochenende

Wochenende.

Von Robert Breuer.



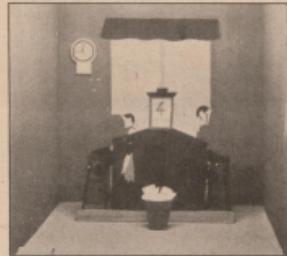
1900



Wohnraube bei Berlin



Meine Sonntagsarbe



Mein Brüder schlus

Dargestellt vom D. H. V.



Gesundes Wochenende

Wochenende.

Von Robert Breuer.



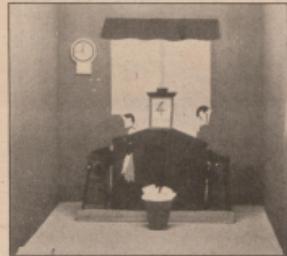
1900



Wohnraube bei Berlin



Meine Sonntagsarbe



Mein Brüder schlus

Dargestellt vom D. H. V.



Gesundes Wochenende

Wochenende.

Von Robert Breuer.



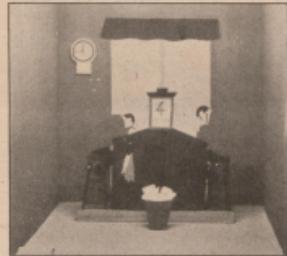
1900



Wohnraube bei Berlin



Meine Sonntagsarbe



Mein Brüder schlus

Dargestellt vom D. H. V.



Gesundes Wochenende

Wochenende.

Von Robert Breuer.



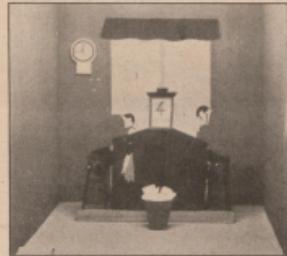
1900



Wohnraube bei Berlin



Meine Sonntagsarbe



Mein Brüder schlus

Dargestellt vom D. H. V.



Gesundes Wochenende

Wochenende.

Von Robert Breuer.



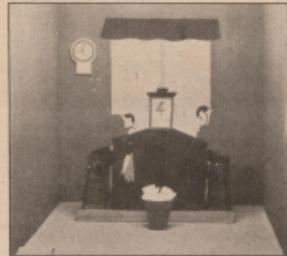
1900



Wohnraube bei Berlin



Meine Sonntagsarbe



Mein Brüder schlus

Dargestellt vom D. H. V.



Gesundes Wochenende



Großes Schloß — jetzt Jugendburg



Schlafraum einer Jugendherberge



Freiliches Biwak



Der Natur ganz nahe



Des Sonnabendfrühstücksschlusses. Wie Dehmel es mit bildhafter Würze sang: Nur Zeit! Nur Zeit! Ferien von der Pflicht; neue Möglichkeit zur Pflicht. Wochenende als Steigerung der Produktion, weil: Stärkung, Entlastung und Verebelung des Arbeitenden. Wochenende — nicht irgendeine neue Verfliegenheit, nicht Sentimentalität. Vielmehr: weitblickende Ökonomie der Volkskraft. Die Idee marschiert. Eine Etappe ist die vor einigen Tagen in Berlin eröffnete Ausstellung, die inhaltreich und wohlgeordnet einen Überblick gibt über Stabilisierung, Methode, Allgemeingültigkeit und Gestaltung des Wochenendes. Vorzüglich in Deutschland.

Noch ist der Sonnabendfrühstücksschluss bei uns nicht ehrner Bestand, wie etwa in England. Eine Statistik der Afa ergibt für Angeteilte nachfolgendes Bild:



Man sieht, daß, gemessen an den abgeschloßenen Tarifverträgen, die Forderung auf „Wochenende“ noch keine absolute, im Gegenteil sehr verschiedene Erfüllung hat. Der entsprechende Paragraph in den Tarifverträgen ist noch elastisch.

Inzwischen werden die Vorbereitungen getroffen, experimentieren die Pioniere; berichten (durch Schrift und Photographie) die Dorfposten, die Wanderodöbel, die Tourenruderer, die Sonderzugler, die Laiencolonisten; kontrollieren die Ärzte, die Krankenkassen, die Berufsorganisationen, indem sie (wie der Deutschnationale Handlungsgesellenverein) vergleichen: die Zuhausebleibenden und die Wochenendländer.

Inzwischen werden Fahrempfehlungen erhämt und Herbergen gebaut, werden Zeitschriften und Bücher, Bilder und Bilder, erscheinen immer aufs neue verfallene Städter sich der Natur und schicken ihre Sehnsucht, die Wälder und Wiesen, die Strände und Berge nicht nur am konventionellen Mittag zu sehen, sondern in der Dämmerung des Morgens und in der sprechenden Nacht zu suchen.

Inzwischen wächst die Erkenntnis, daß für die weltpolitische Bedeutung eines Volkes gesunde Muskeln, feste Nerven, helle Augen und wache Seele entscheidender sind, als Alkohol, Nikotintanz und Kino.



Wochenendesaal im Mittenthal



Wanderer beim Abendbrot



Abend im Freien



Freie Jugend



Aus deutschen Naturschutzgebieten

(Nach Effenberger, Märkisches Land im Blühen und Grünen. — Verlag Hugo Bermüller, Berlin-Lichterfelde)

Bvalorisationen als wirtschaftliches Kampfmittel.

Von Dr. Robert Arzert.

Rohstoffe und ihre Bedeutung im internationalen Wirtschaftsleben.

Der Krieg hat den Beweis erbracht, daß eines der wichtigsten Mittel der Weltpolitik die Herrschaft über gewisse für die Weltwirtschaft unentbehrliche Rohstoffe ist. Diese Erfahrung ist in den Nachkriegsjahren, die der Neuorientierung der völlig zerstörten Weltwirtschaftsverhältnisse gewidmet waren, vertieft worden. Die ungewöhnlich stark in das Gefüge der internationalen Handelsbeziehungen eingreifende Verlagerung früherer Schwerpunkte hat neue Kraftpolymere geschaffen, die wiederum zu völlig neuen Kampf- und Abwehrstellungen führten. Hat die weltwirtschaftliche Entwicklung vor dem Krieg einen, allerdings nur oberflächlich, ausgesprochen Gleichgewichtszustand zwischen Agrar- und Industrieländern herausgearbeitet, so ist durch den Krieg die Lage in dieser Hinsicht völlig verändert worden. Ehemals agrarisch eingesetzte Länder sind zu starker Industrialisierung übergegangen, und wenn sie auch im Kampf um die Rohstoffmärkte kein entscheidendes Wort mitzusprechen haben, so tragen sie doch zur Verschärfung der Nachfrage auf den Weltmärkten bei und bewirken oft, daß ein Produkt, dessen Preisbewegung bis dahin verhältnismäßig ausgesiedelt war, nach und nach in die Stellung eines Monopolartefacts hineindringt. So sehen wir heute den Weltmarkt durch das Streben nach einer Neuverteilung der Rohstoffmärkte, nach Schaffung neuer oder nach Erweiterung bereits bestehender Monopole beeindruckt. Wie Erich Oehl in seiner unlangt veröffentlichten bedeutenden Arbeit „England, Europa und die Welt“ überzeugend dargelegt hat, ist Englands Kampf um die politische Macht, d. h. der britische Imperialismus, gleichbedeutend mit dem Streben nach einer möglichst weitgehenden Bekämpfung der Weltmärkte, einmal zur Sicherstellung der Ernährung und dann zur Versorgung der heimischen Industrie mit Rohstoffen.

Vom Wesen der Valorisation.

Die letzten Jahre haben nun gezeigt, daß der Besitz eines Rohstoffmonopols allein nicht genügt, um auch eine für die Produzenten befriedigende Preiseinstaltung zu gewährleisten. Setzt es, daß auf der einen Seite technische Umwälzungen die Nachfrage plötzlich beeinträchtigen — was verhältnismäßig selten vorkommt —, setzt es, daß auf der andern Seite eine unerwartet stark anwachsende Erzeugung auf die Nachfrage drückt, jedesfalls sind Beispiele genug vorhanden, die beweisen, daß die durch eine Monopolstellung bedingte Einseitigkeit die erwarteten Vorteile hinfällig werden läßt. Zu den modernen Waffen der Monopolpolitik gehört die Valorisation. Es ist dies ein Begriff, der in Vorfriegerabularien der Wirtschaftswissenschaft verhältnismäßig selten vorfällt. Man versteht darunter den Verlust bestimmter Interessentengruppen oder öffentlicher Stellen, die Preislage eines Rohstoffes durch ähnliche Maßnahmen zu beeinflussen. Verschiedene Wege können zu diesem Ziel führen. Durch eine geschickte Marktpolitik läßt sich das Angebot in einem Produkt der schwankenden Nachfrage anpassen. Dies setzt die finanzielle Möglichkeit einer Zurückhaltung vorhandener Vorräte voraus. Besonders Kaffee ist auf diese Weise wiederholt mit mehr oder weniger Erfolg valorisiert worden, und um solche hier darauf hinzweisen, es gehört zu den Treppenritzen der Weltwirtschaft, daß sich Amerika, als der Hauptabnehmer von Kaffee, in der letzten Zeit bereitgestanden hat, an der Heraufsetzung der Preise durch Gewährung einer Aufschluze mitzuwirken! Eine weitere Möglichkeit der Valorisation ist die Einschränkung der Erzeugung durch Verringerung der Anbaufläche oder durch andere die Verminderung der Produktion erzielende Mittel.

Kaffee und Zucker.

Was die brasilianische Kaffee-Valorisation anbelangt, so darf man aus der letzten Erneuerung der einzelnen Valorisationsmaßnahmen nicht den Schluss ziehen, daß es sich um ein unbedingt erfolgreiches Experiment handelt. Wenn es Brasilien gelungen ist, die vor dem Krieg ausgebauten Kaffepositionen zu liquidieren, so hat der Krieg selbst diese Abwöhlung gefördert. Seitdem die führenden Geldmärkte wieder überaler in Anspruch genommen werden können, ist auch Brasilien großräumiger in der Interventionspolitik. Im vergangenen Jahr hat es eine Abliefe von 10 Millionen Pfund in London aufgenommen, und, wie bereits erwähnt, ist die Emission einer weiteren Abliefe am New-Yorker Markt geplant. Die Methode besteht neuerdings in der Haftaufgabe darin, die Zufuhr nach den Verkaufslanden zu regulieren; dagegen kommt eine Einschränkung der Anbaufläche noch nicht in Frage. Diese Politik hat die Abschwächung der Kaffeepreise, die im Jahre 1926 recht erheblich war, nicht aufhalten können, was zum Teil auf die über Erwartungen reichliche Welternte, zum Teil auch auf die Erstärkung der Außenfeinde zurückzuführen ist.

Auf anderen Kolonialmärkten ist die beginnende Valorisation des Zuckers bemerkenswert. Die Versuche der kubanischen

Regierung, in die Marktverhältnisse dieses Produkts einzugreifen, schien um die Jahreswende 1925/26 in der Weise ein, daß eine Produktionsbeschränkung verordnet wurde, die mit Strafen erzwingen werden sollte. Die Maßnahme war jedoch nicht ausreichend, und Ende des vergangenen Jahres sah die Regierung den Entschluß, eine schematische Begrenzung der Ernte auf 4,5 Millionen Tonnen vorzunehmen. Dieser Schritt trifft zusammen mit einer verhältnismäßig knappen Außenförderrente in den Zuckerüberländern und bewirkt eine starke Heraufsetzung der Preise. Es darf daran erinnert werden, daß vor dem Krieg eine internationale Bindung des Zuckermärktes durch die sogenannte Brüsseler Konvention stand. Auch hier sind es Außenfeinde, besonders die Philippinen, die an einem Dauerfolg der Verknappungspolitik nicht glauben lassen.

Baumwolle.

In die neue Zeit fallen die Versuche, der seit Juli 1926 stark sinkenden Tendenz der Baumwollpreise Einhalt zu gebieten. Hier haben in früheren Jahren der Rüffelhäuser und eine ausreichende Festigung der Baumwollindustrien vor Vorexporten in der Marktgestaltung gesorgt. Im vergangenen Jahr arbeiteten sich diese beiden Faktoren keineswegs in die Hände; im Gegenteil: Der Rüffelhäuser — ein beliebtes Spekulationsobjekt der Baumwollhändler — verhielt sich recht zähm, während auf der andern Seite die Verwendung von Baumwolle infolge der allgemeinen Krise und der weitgehenden Geschäftsaufsummierung der Verbraucher (Bevorzugung von Kunstseide) eine hohe Einschränkung erlebte. Der Preissturz von Baumwolle ist für die Weltwirtschaft von weit größerer Bedeutung als die rädläufige Entwicklung einzelner Kolonialwaren, Amerika hat für dieses Produkt faktisch ein Monopol, wenn auch gewisse Qualitäten der ägyptischen Baumwolle bevorzugt werden. Die erste Valorisation setzte im September/Oktobert 1926 ein. Sie befürchtete sich aber zunächst auf langwierige Verhandlungen zwischen der Regierung und den Finanzkreisen und schließlich wurden den Farmeren Kredite zur Verfügung gestellt, welche die Zurückhaltung von etwa 4 Millionen Ballen ermöglichen. Indessen muß berücksichtigt werden, daß auch schon in früheren Jahren eine liberale Entstalinisierung stattgefunden hatte. Das Aderbaumministerium hat sich vergeblich bemüht, zunächst moralischen Einfluß im Sinne einer Anbauschrankung auf die Farmer auszuüben. Weiter wird die Einflußnahme der Regierung auf die Produzenten auch in Zukunft nicht geben.

Kautschuk.

Die Kautschukvalorisation bietet das ausgeklügelieste Beispiel einer Rohstoffkontrolle. Die Umstellung der Weltwirtschaft auf brasilianischen Kautschuk, der seineszeit der wichtigste und steuerlich einträglichste Rohstoff des Landes war, auf Plantagenkautschuk ist ein kaum tragisches Kapitel; die Preisbewegung dieses Rohstoffes fällt völlig aus dem Rahmen der sonst bekannten Preischwankungen heraus. Es war ein bedeutsamer Zufall, daß parallel zur außerordentlichen Erweiterung der Produktionsbasis auf den Molasien die sprunghafte Entwicklung der Automobilindustrie lief. Nur dieses Umstand ist es zu verdanken, daß der Produktion ein eingemessener entsprechender Nachfrage überstand und so zunächst eine dauernde Depression der Preise verhindern konnte. Trotzdem kam es in den letzten Jahren zu einem langsam steigenden Überprodukt der Produktion und so zu einem Preisabfall, der vielen Plantagen das Arbeiten nicht mehr möglich machte. Hier setzte dann die Politik des Colonial Office ein, und heute ist durch ein gut ausgearbeitetes System der Exportkontingentierung, verbunden mit einer Steuer, Steuerbar dafür georgt, daß der Preis sich nicht wesentlich von der im Dezember 1926 erreichten Basis von 1 a 6 d bis 1 s 9 d pro engl. Pfund entfernen wird. Die starken Schwankungen der Gummipreise haben im vergangenen Jahr die Verbraucher in den Vereinigten Staaten aufgerüttelt. Abgesehen davon, daß in Mittelamerika, auf den Philippinen und auf Bornéo amerikanische Plantagen gegründet worden sind, besteht man sich wieder mit dem Problem des künstlichen Kautschuks, das bekanntlich durch deutsche Forscher, insbesondere durch den Direktor des Koblenz-Forschungs-instituts zu Breslau, Professor Hoffmann, in den letzten Jahren wesentlich gefördert worden ist. Immerhin dürfte auf der heutigen Preisbasis der künstliche Kautschuk noch nicht in den Wettbewerb mit dem natürlichen Produkt treten können.

Edelmetalle.

Eine ähnliche Entwicklung wie auf dem Baumwollmarkt erfuhr die Amerikaner von einem anderen Gebiet, auf dem sie sich in Monopolstellung dünkteln, nämlich auf dem Kupfermarkt. In den Jahren 1924 und 1925 ist trotz der bespiellosen Aufnahmefähigkeit der amerikanischen Wirtschaft für dieses Metall ein Preisstand erreicht worden, der bei vielen Gesellschaften die Unruhen

nicht mehr desto. Gleichzeitig entstanden der amerikanischen Kupferindustrie Außenposten in Afrika (Katanga), während andere Konkurrenten in Südamerika noch rechtzeitig angeschlagen gemacht werden konnten. Da die gesetzlichen Bestimmungen in den Vereinigten Staaten einer eigentlichen Kartellbildung im Wege standen, hofften die amerikanischen Produzenten eine bessere Marktkontrolle durch Schaffung eines Ausfuhrkartells und durch Führungswaffe mit den konkurrenzenden Kupferproduzenten zu erreichen. Das Kartell ist im Spätherbst 1926 in Kraft getreten; doch erwies sich die Marktverhältnisse als überlegen, und die Jahreswende brachte einen neuen, bis dahin noch kaum erreichten Tiefstand der Kupferpreise.

Der Zusammenschluss der wichtigsten Silberproduzenten der Vereinigten Staaten und Canadas zu der American Silver Producers Association kann ebenfalls als ein erster Verlauf einer Valorisierung für dieses Metall im Preis gebrachte Metall betrachtet werden. Originell ist der Plan, der jüngst die Kontrolle der Goldpreise publiziert worden ist. Die Eigentart des Goldes als Ware und als Währungsmetal bedingt natürlich eine völlig anders geartete Einstellung zur Preisfrage. Die Gelehrten haben sich über die Zukunft des Goldes nicht einig. Während die eine der Ansicht ist, daß die Möglichkeit einer Goldverknappung, d. h. eines Steigens des Goldpreises besteht, glauben andere Sowohl eher an einem Goldüberfluß und eine Basse des gelben Metalls; sie verlangen Schutz der südafrikanischen Produzenten. So plädiert der südafrikanische Professor Scheldt für die Errichtung einer Kontrollstelle im Goldhandel, ähnlich der auf dem Diamantennmarkt bestehenden.

Die Folgerungen für Deutschland.

Welche Folgerungen ergeben sich nun für Deutschland aus diesen Kämpfen um die Rohstoffversorgung? Es besteht kein Zweifel, daß der Monopol an wichtigen Rohstoffen den Erfindergeist der deutschen Führer außerordentlich gestärkt hat. Synthesetische Kautschuk ist, wie bereits erwähnt, von deutscher Erfindung erfunden worden, und viele Anfragen aus Amerika beweisen, daß man an späteren industriellen Verwertungen des deutschen Patente Hoffnungen legt. Der Kampf um das Öl scheint ebenfalls in ein neues Stadium zu treten. Gelingt es in Deutschland, die Kohlenförderung in großem Maßstab durchzuführen, so wird Deutschland allmählich eine gewisse Unabhängigkeit von den internationalen Ölmarkten erlangen. Den Streben nach Unabhängigung von fremdem Willkür ist jedoch eine Grenze gesetzt, besonders hinsichtlich der Nahrungs- und Genussmittel. In solchem Zusammenhang wird man die Förderung einer Rüge im Gebiete deutscher Kolonien unterstützen müssen. Deutschland hat in seinen afrikanischen Kolonien Pionierarbeit geleistet. Nicht nur in Kaffee, sondern auch in Tabak, Silksilken und Kautschuk ist es den deutschen Pflanzern gelungen, die deutsche Zahlungsbilanz durch wachsende Einfuhren aus den eigenen Kolonien zu entlasten und der Gefahr einer einseitigen Preiselwirkung zu befreien. Die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Mandatsländer, die in den deutschen Kolonien begonnene Arbeit fortzusetzen, hat ihre Ursache gerade darin, daß diese Länder im Hinblick auf ihren alten Kolonialbesitz kein Interesse haben, neue Produktionsgebiete zu erschließen.

Zur Wanderfürsorge.

Von Regierungsrat Dr. Richter.

Wenn man vom Wandern spricht, so denken die meisten Menschen an die alten Volkslieder, die von Wanderschaft und -leid singen, oder an die fiktive Geschichte des Landstreicher-Knäul, die uns Hermann Hesse beschreibt hat. Aber die Zeiten haben sich seitdem gewandelt und die Wanderer, die wir jetzt auf der Landstraße treffen, haben nicht Romantik an sich. Es ist ein kund zusammengesetztes Volk, dessen Herkunft freizuhalten dem Statistiker erhebliche Schwierigkeiten bereitet dürfte. Sehr viele Bettler, Drogabünden und andere soziale Elemente sind unter ihnen, die sich den Winter über in den Großstädten verborgen halten und sich im Sommer durch das Land hindurchsetzen. Daneben gibt es eine nicht unbedeutende Zahl von Arbeitslosen, die in der traurigen Hoffnung leben, auf ihren Wanderungen eine passende Arbeitsstelle zu finden. In dieser Gruppe trifft man auch recht viele Jugendliche an, die ihr Wandertrieb oft von einem Ende des Reiches zum anderen führt. Seit also diese Arbeiter sind mittellos, Gelegenheitsarbeiter, durch die sich die guten Elemente unter ihnen durchschlagen hoffen, ist in unserer Zeit der organisierte Arbeitsvermittlung nur schwer zu finden. Den Unbildern der Witterung ausgesetzt, durch die langer Marsch und die damit verbundenen Strapazen erschöpft, geraten die Wanderer leicht in Not und müssen um Hilfe bitten. Hier steht die Aufgabe der Wanderfürsorge ein.

Weit auf manchen anderen Gebieten der Wohlfahrtspflege, so hat auch in der Wanderfürsorge die freie Selbstständigkeit des Staates Pionierdienste geleistet. Es war vor allem Pastor von Bodenböhming, der bereits in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts das Problem in seiner ganzen Tragweite erkannte und für die „Bilder des Landstrichs“ in Betrieb des Viehfelds und an anderen Orten Arbeiterkolonien eine Seelen rief, in denen die Wanderer durch gezielte Arbeit selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen mühten. Arbeit hatt Almojen ist die Lösung, unter der auch jetzt noch die meist von karitativen Organisationen geschaffenen Arbeiterkolonien und Wandererheilstätten ihr Jenseitsreiches Werk vollbringen. Daneben haben sich auch Kinder, Provinzen und Gemeinden im Rahmen der Armenfürsorge tatkräftig der Wanderer angenommen, ohne daß es indessen gelungen wäre, der Schwierigkeit wirklich Herr zu werden oder auch nur die notwendige Einheitlichkeit der von schwierigen Stellen ausgehenden Fürsorgemaßnahmen zu erreichen.

Da die Wanderer ihren Weg durch das ganze Reich nehmen und die Aufgaben, vor die sie die Fürsorgeorgane stellen, in allen Landesteilen ungefähr die gleichen sind, lag es nahe, eine reichsgelehrte Regelung der Wandererfürsorge anzustreben. Tatsächlich hat auch bereits im Jahre 1915 das damalige Reichsamt des Inneren einen entsprechenden Gesetzentwurf ausgearbeitet, der nur infolge des Krieges nicht weiter verfolgt werden konnte.

In der Nachkriegszeit sind die Aufgaben der Wandererfürsorge noch bedeutender geworden, weil sie infolge der Wirtschaftskrisis und der Massenarbeitslosigkeit die Zahl der Wanderer natürlich vermehrt hat. Das fehlen einheitlicher Grundsätze für diesen Fürsorgegewerbe machte sich hierbei förmender denn je bemerkbar. Während einzelne Landestelle über ein gut ausgebautes Netz von Arbeiterkolonien und Wanderarbeitsstätten verfügen, sind in anderen

Bezirken solche Einrichtungen kaum vorhanden, was zu einer sozial unerwünschten Ablenkung des Wandervortriebs und zu einer ungerechten Verteilung der Fürsorgeleistungen führt.

Die Einzelunterstützung der hilfsbedürftigen Wanderer obliegt seit dem Inkrafttreten der Fürsorgepflichtieerordnung den Bezirksfürsorgeverbänden (Städte- und Landkreise, in Süddeutschland Bezirk). Wenn sie auch leistungsfähiger sind als die unter der Herrschaft des alten Armenrechts zuständigen Gemeinden, so ist doch auch ihr Beitrag meistens nicht umfangreich genug, um die Schaffung größerer Fürsorgeeinrichtungen zu finanzieren. Auch wollen die Klagen nicht verhindern, daß mehr Fürsorgeverbände trotz der Bestimmungen des Fürsorgegerichts hilfsbedürftige Wanderer mit unzureichenden Unterstützungen abschieben, um nicht mit dem Kostenwirksamkeit ausreichender Fürsorgemaßnahmen belastet zu werden.

Angesichts dieser Schwierigkeiten ist die Förderung nach einer reichsgelehrten Regelung der Wandererfürsorge erneut mit Nachdruck erhoben worden. Sie ist namentlich von den großen Wandererfürsorgeverbänden — dem Zentralverband deutscher Arbeiterkolonien, dem Deutschen Herbergsverein und dem Gesamtverband deutscher Wanderarbeitsstätten (Förderungskontor) — ausgangen, die sich in ihrer praktischen Arbeit durch den gegenwärtigen Rechtszustand beeinträchtigt fühlen. Die zuständigen Bezirksstellen haben sich dieser Forderung nicht verschließen können und vor kurzem den Entwurf eines Reichsgesetzes über das Wandervorwerfen der öffentlichen Kritik unterbreitet (Reichssachsblatt 1927 Nr. 9). Der Entwurf hat den Charakter eines Rahmengesetzes, das den Ländern und den ausführenden Organen der Wandererfürsorge den erforderlichen Spielraum läßt. Da das neue Fürsorgerecht erst seit drei Jahren in Kraft ist und Anwendungen noch so kurzer Zeit nur Verwirrung schaffen könnten, beschreibt sich der Entwurf daran, die Bedeutung der Wandererfürsorge i. M. Rahmen des geltenden Fürsorge-erichts zu berücksichtigen. Gleichwohl packt der Entwurf eines der Kernprobleme der Wandererfürsorge an, indem er den Landesfürsorgeverbänden (Städte- bzw. Provinzen) der Wandererfürsorge verantwortliche und leistungsfähige Träger gibt. Die Fürsorgeverbände werden also, sofern das Land nichts anderes bestimmt, an die Stelle der in ihren Gebieten liegenden Bezirksfürsorgeverbände treten, die für diese Aufgabe zumeist nicht groß und finanziell kräftig genug waren. Es wird damit einer von jeder im Fürsorgerecht geltenden Übung entsprochen, Aufgaben, deren Bedeutung über den örtlichen Bezirk hinausgeht und deren Leistungsfähigkeit übersteigt, dem weiteren oder übergeordneten Verbände zu übertragen. Sodie Landesfürsorgeverbände wird es in Zukunft sein, im Einvernehmen mit den Bezirksfürsorgeverbänden ihres Bezirks und den benachbarten Landesfürsorgeverbänden nach und nach ein lückenloses Netz von Fürsorgeeinrichtungen zur Aufnahme und Lenfung des Wandervortriebs zu schaffen.

Der Entwurf sieht weiter für die Reichsregierung die Ermäßigungen zum Erfolg einheitlicher Grundsätze über das Wandervorwerfen vor. Neben der zweitwöchigen Gestaltung der praktischen Fürsorgearbeit werden diese Grundsätze vorwiegend fragen polizeilichen Charakters, insbesondere die etwaige Schaffung von Wander-

straßen und die Einführung von Wanderpäckchen behandeln müssen, ferner wird die Frage der Arbeitsvermittlung für die Wanderer in den Grundlägen eine wichtige Rolle spielen. Die eingehenden Vorschläge, welche die Wandererfürsorgeverbände für die Regelung aller dieser Fragen gemacht haben, werden für die Grundläge des Reiches wertvolles Material bieten.

Es ist bemängelt worden, daß der Entwurf ausschließlich von fürsorgerlichen Gesichtspunkten ausgeht und nicht stärker die Wanderer berücksichtigt, die arbeitsvermittlungsfähig sind und einen

Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben. Man hat vorgeschlagen, diesen Personen auch während der Wanderzeit die Beiträge der Erwerbslosenfürsorge zu gewähren, und zwar in Form von Naturbelgügen. Die Stellung zu diesem Vorschlag ist von der Dorfrate abhängig, ob man auch unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen glaubt, daß Wandern beginnen zu sollen. Bedeutsam ist es jedoch, daß die Gewerkschaften, die in früheren Zeiten ihren Mitgliedern sehr erhebliche Reiseunterstützungen gewährt, dem Vorschlag ablehnend gegenüberstehen.

Zur Zeitgeschichte

Die dritte Abrüstungskonferenz.

Artikel 5 der Völkerbundsatzung, sowie die Präambel zu Teil 5 des Friedensvertrages enthalten die Zusage der allgemeinen Abrüstung als Folge der durchgeföhrten Abrüstung der im Weltkriege unterlegenen Großmächte. Wie bekannt, ist diese Zusage, ohne deren Verwirklichung die Institution des Völkerbundes ihren Sinn verlieren würde, bis zur Lösung der Sicherheitsfrage in Locarno und der dort erfolgten Vereinbarungserklärung Deutschlands zum Eintritt in den Völkerbund mit wachsender Begründung immer wieder hinausgeschoben worden. Im Mai vorligen Jahres ist dann mit deutscher Beteiligung die Erste Vorbereitende Abrüstungskonferenz¹⁾ zustande gekommen, deren Fortsetzung von zwei Unterschüssen, einem militärischen und einem wirtschaftlichen, nahezu permanent betrieben wurde. Diese Ausschüsse haben sich mit der Beantwortung des von der Konferenz aufgestellten Fragebogens beschäftigt: eine Arbeit, die schließlich in zwei voluminösen Berichten, die militär-politischen Handbüchern zur Abrüstungsfrage gleichkommen, festgelegt worden ist. Diese erste Vorkonferenz und ihre Unterschüsse haben indes nur den Erfolg gezeigt, daß die Abrüstungsdebatte überhaupt in Gang kam, daß sie von der von Frankreich in den Vordergrund gerückten Sicherheitsfrage, deren Lösung dem Völkerbund überlassen wurde, getrennt wurde, und daß die französische These von den potentiellen Kriegslösungen, mit der jed. Sabotage der Abrüstung seitens der Militärmächte geschert werden könnte, von den Verhandlungen grundsätzlich ausgeschaltet blieb. Die zweite Vorkonferenz, die nur wenige Tage der dritten Septemberwoche in Anprach nahm, ist außer der prinzipiellen Erklärung des Staatssekretärs von Schubert zur Frage kaum beachtet worden, da sie im Rahmen jener Vollversammlung des Völkerbundes stattfand, in der Deutschlands Einzug in Genf erfolgte. So hat erst die dritte Vorkonferenz, die in diesen Tagen vorbereitend zu Ende geht und dann mit Eintrittung der für die Kommissionen weiterhin arbeitsreich verlaufenden Österreise fünf Wochen lang getagt hat, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die hier behandelten verworfenen Probleme zu lenken vermocht.

Der Zweck dieser Tagung war die Vorbereitung eines Konventionstextes, der die eigentlichen großen Abrüstungskonferenzen zur Beratung und Beschlagnahme vorgelegt werden sollte. Der Verlauf der Verhandlungen macht es aber bei der Niederschrift dieser Gesetze wahrscheinlich, daß schon nach ihrer Veröffentlichung die Konferenz ohne Errichtung ihres Ziels bereits geschlossen sein wird. Ein Eintreten in die zweite Lösung des Entwurfs, der auf Grund des englischen Memorandums und des französischen Gegenentwurfs unter Zugrundelegung der bei den Beratungen vorgebrachten Ansprüche und Vorbehalte durch Gegenüberstellung der einander widersprechenden Auffassungen zustande kam, würde die bei der ersten Lösung nur mühsam verdeckten Gegensätze erneut zum Durchbruch bringen und die Debatte auf unabsehbare Zeit verlängern. Infolgedessen wird die zweite Lösung vermutlich erst auf einer vierten Vorkonferenz erfolgen können, die vielleicht wie die zweite im vorligen Jahre, während der Beibehaltung der Völkerbunderversammlung tagen kann. Das Zuhandekommen der großen Abrüstungskonferenz, das Lord Robert Cecil schon vor Jahresfrist „raum vor Ende 1927“ erwartete, ist dagegen nach den bei den diesmaligen Verhandlungen zutage getretenen Differenzen der französischen und der englisch-amerikanischen Gruppe, gar nicht abzusehen, solange die Ergebnisse der zweiten Lösung nicht klarheit schaffen.

Dorter ist nur fossil sicher, daß keine wesentliche Frage geregelt werden konnte, weil auf einer Seite Frankreich seine militärische Vorrangsschaft nicht durch international gültige Abrüstungsbeschränkungen besträchtigen lassen möchte und weil auf der anderen Seite die Seemächte England und Amerika ihre maritime Stellung beaupten und vor allem nicht zugunsten französischer Vorrangsschaftlichkeit zu Lande, zu Wasser und in der Luft befehlhaft zu sehen wünschen. So sind die Gegenseite von vornehmen unvereinbar gewesen, da eine Gruppe die andere abräumen möchte und niemand bei sich selbst Hand anlegen will. Schon am ersten Sitzungstage ist

Paul Boncour, der französische Hauptdelegierte und Militärsozialist, durch die Vorlage des englischen Konventionstextentwurfs sehr unangenehm berührt gewesen. Er hat unmittelbar darauf mit einem französischen Gegenprojekt geantwortet, um dem französischen Standpunkt gegenüber dem angelsächsischen Nachdruck zu verleihen. Aus der Gegenberichtigung dieser Entwürfe ergab sich auf der Konferenz bald eine Gruppierung der Mächte, innerhalb deren Deutschland, wenn es sich nicht der Geschehe auslegen wollte, daß ihm die Verantwortung für die Misserfolge der Konferenz aufgezwungen werden würde, eine sehr vorsichtige Stellung einnnehmen mußte. Dennoch entsprach diese Stellung zwischen den Gruppen auch wieder der Natur der Dinge, da Deutschland als die zwangsläufig abgerückte Großmacht mit dem durch den Versailler Vertrag vertriebenen Anspruch auf Abrüstungsbeginn auch bei den Nachbarn an nichts orientiert als an der objektiven Abrüstung Interesse hat. So konnte Deutschland in der Frage der Landabrüstung im wesentlichen mit den angelsächsischen Gruppe und in der Frage der Seearüstung im wesentlichen mit der französisch-romantischen Gruppe gehen. Hochstens bei der Luftabrüstung mußte Deutschland das übriges selbstverständliche egoistische Interesse vertreten, daß die Abrüstung der Luftflotte sich nicht gegen die wieder im Aufstieg begriffene Zivilluftflotte, sondern an die Militärluftflotte der noch unabgeschafften Mächte wende. Indes zeigt schon dieser Hinweis, daß die französische These von dem Kriegspotential der anderen, mit dem Frankreich die Abneigung gegen die Abrüstung im eigenen Lande gern begründen möchte, trotz ihrer Ablehnung durch die erste Vorkonferenz noch immer in den Köpfen der französischen Abrüstungsdelegation spukt.

Darüber hinaus ist aber bei den Debatten das eigentliche Ziel, die allgemeine Abrüstung, die der gewaltsame Abrüstung der Mittelmächte nach den Bestimmungen des Friedensvertrages und der Völkerbundsatzung folgen sollte, um eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen, in Vergessenheit geraten. Im Laufe der Verhandlungen ist aus der Abrüstung die Rüstungsverminderung, aus dieser die Rüstungsbegrenzung geworden; und selbst dieses Ziel des Beschränkung der Rüstungsfreiheit der Großmächte, das im Sinne des Grafen Bernstorff zu jenen „Scheinlösungen“ gehörte, würde, zu der Deutschland nicht seine Unterstift gegeben hätte, erschien dem Belager de Bouscaren so wenig erreichbar, daß er sich mit der einfachen Bekanntgabe des Rüstungsprogrammes der Einzelmächte als Konferenzergebnis anscheinend schon zufrieden geben möchte. Je mehr man sich in die Generalkonferenzen vertieft, um so deutlicher wird die Erkenntnis, daß nur echter Abrüstungswille, wie er bei der Vertretung bereits abgerückter Mächte wie Deutschland zum Ausdruck gelangte, ein Ergebnis herbeiführen könnte. Dabingegen droht der Wille der stark gebliebenen Mächte, die je nach ihrem Interessengebiet entweder zu Lande oder zu Wasser oder in der Luft ihre Rüstung beibehalten wollen, auch die große Abrüstungskonferenz der Zukunft zur Erfolgslosigkeit zu verurteilen und die gesellschaftliche Entwicklung um eine Möglichkeit zu betrüben, die der Menschheit eine bessere Zukunft eröffnen könnte.

Wie weit entfernt man von diesem idealen Ziele noch ist, lehrt der Vergleich der deutschen Einstellung zur Frage mit denjenigen der stark gerückten Großmächte. Während der deutsche Vertreter am Anfang an jede Tteillösung für unbefriedigend erklärte und die Herabsetzung der Rüstungen statt ihrer Begrenzung forderte, weil die allgemeine Abrüstung als Endziel im Auge behalten werden müsse und Deutschland auf ihre Einleitung ein juristisches und moralisches Recht habe, fanden Franzosen und Belgier gelegentlich sogar die Beifügung auf den Versailler Vertrag zu bestreiten. Wohingegen sie dem Artikel 28 des französischen Abrüstungsentwurfs Geltung zu verschaffen wußten, der ausdrücklich besagt, daß durch keinen zur Abrüstungsfrage etwa getroffenen Beschluß die uns durch den Versailler Vertrag in der gleichen Frage auferlegte Auslastungserstellung geändert werden darf! Ein anderes Beispiel: Der englische Entwurf sieht eine Beschränkung der stehenden Heere einschließlich derjenigen ausgebildeten Reserven vor, die bei der Mobilisierung sofort verfügbare sind; der französische Entwurf aber operiert mit dem Begriff der „Effektivsäulen“ der aktiver dienenden Mannschaften, wie er auch die Beschränkung des Kriegsmaterials lediglich im Wege

¹⁾ Vgl. „Heimatdienst“, Heftgang VI, Heft 12 vom 15. Juni 1926.

der Ausgabenbeschränkung vorstellt, während er ebenso wie bei den lebenden Reserven die riesigen Reserven an Kriegsmaterial, die z. B. Deutschland vollständig abliefern oder vernichten könnte, keinerlei Beschränkung unterwerfen will. Demgegenüber hat sich die deutsche Delegation sehr sinnvoll für die Eröffnung der Reserven an Menschen und Material energisch aussprechen müssen. Im Lichte der französischen Heeresorganisation, die die ganze Nation im Kriegsfall in den Dienst des Krieges stellt, ist diese französische Aburteilungstätigkeit begreiflich. Gänzlich unbrauchbar aber erscheint sie für eine Einsetzung zur allgemeinen Abrüstung, wie sie den im Weltkriege unterlegenen Mittelmächten als Aquivalent für ihre gewaltsame Abrüstung in Aussicht gestellt werden ist und wie sie von diesen auch mit Rücksicht auf ihre Sicherheit gefordert werden muss, wenn anders nicht der Antrag nach Wiederaufzehrung dieser unvermeidlich werden soll. Auch in der Frage der Luftstreitkräfte möchte Frankreich nicht nur die rein militärische Fahrweise, wie es der englische Vorschlag vor sieht, der Ausgabenbeschränkung unterwerfen, sondern auch die zweite Luftfahrt aus den schon erwähnten Motiven zur Abrüstung mit heranziehen. Hier aber wie in der Frage der Rüstungskontrolle, in der vor allem die Vereinigten Staaten, aber auch Italien, sich unangiebig zeigten, wurde keinerlei Ergebnis erzielt. Nur der deutsche Standpunkt, der die zweite Luftfahrt unangemessen lädt und Mannschafts- wie Materialbedarf nach Möglichkeit herabgesetzt sehen will, erscheint in dem Widersatz der Meinungen logisch und konsequent.

In der Frage des Seearmaments hat sich Deutschland der französischen Ansicht angeschlossen, das nicht nur die maritimen Streitkräfte an Schiffen, sondern auch an Mannschaften der Beschränkung unterliegen müssen. Im übrigen erhob sich in dieser Frage, die ja auf Wunsch des Präsidenten der Vereinigten Staaten in einer Konferenz der Seemächte in Genf gesondert von den Abrüstungsversuchen des Völkerbundes behandelt werden wird, ein entscheidender Gegenvorwurf zwischen dem französischen und dem englischen Abrüstungsstandpunkt. So wünscht der englische Entwurf die Grundfahrt des Washingtoner Abkommen über die Beschränkung der Tonnage für große Linien schiffe auch für die übrigen kleineren Seeschiffe wie Kreuzer, Untersee- und Torpedoboote auszudehnen, um die britische Seeherrschaft zu erhalten. Der französische Entwurf will dagegen die Gesamttonnage als einzige brauchbare Maßzahl für die Abrüstung ansehen und jedem Staat ein bestimmtes Höchstmaß an Tonnage zu erkennen, ohne ihm Vorrechten über dessen Verteilung auf die verschiedenen Schiffs kategorien zu machen. In dieser Frage haben auch die Italiener den französischen Standpunkt energetisch begeistert, weil natürlich die kleineren Seemächte ein wesentliches Interesse daran haben, dass ihnen nicht die Möglichkeit genommen wird, statt der kostspieligen Kriegsschiffe eine größere Anzahl kleinerer Seeschiffe zu bauen. Aber auch in diesen Fragen ist keinerlei Einigung erfolgt.

Die Enttäuschung, die sich überall wegen des Verlaufs der dritten Abrüstungskonferenz geltend macht, weil diese keine Aussichten auf greifbare Resultate in naher Zeit eröffnet, ist gewiss begreiflich. Darüber darf aber nicht vergessen werden, dass die Probleme der Abrüstung, so sehr sich auch manche Großmächte ihrer Lösung noch entgegenstellen, noch niemals vor aller Welt in solcher Ausführlichkeit erörtert worden sind. Was früher nur im Dunkel der Räthinetto oder in geschlossenen Konferenzen erwogen wurde, wird heute unter den Augen der Welt Presse und in voller Erkenntnis der Tragweite dieser Verhandlungen zur Diskussion gestellt. Auch eine ergenobis verlaufende Abrüstungskonferenz ist daher nicht mehr wie früher nur die Angelegenheit passifistischer Kreise, sondern eine Frage, die nach dem für alle europäischen Teilnehmer verlustreichen Krieg zu erneutem Nachdenken zwingen muss. Die oberrheinischen Länder aber und Deutschland besonders haben, je mehr sie wieder zu Kräften kommen, um so größeres Interesse, das Abrüstungsvorschreien des Verfaßter Vertrages, das eines der ganz wenigen Vorteile dieses ungünstigen Friedensinstrumentes darstellt, als Ideal hochzuhalten und durch Scheinlösungen nicht verdunkeln zu lassen. Dabei wird immer im Auge zu behalten sein, dass nicht die Verhinderung des Wettrüstens wie vor 1914, sondern die Einleitung der allgemeinen Abrüstung das Ziel ist, das wir von Genf verlangen müssen.

Der Kampf der Memeler um ihre Autonomie.

Die neuesten Meldungen aus dem Memelgebiet zeigen, dass die Autonomie des Landes, die unter den schweren Verhältnissen erlangt wurde, heute stärker denn je gefordert ist. Ende März des Jahres wurde dem verdienstvollen Leiter des Schulamtes im Kreis Pöderburg, Schulrat Meyer Jr., seine Stellung gefündigt, und zwar unter dem merkwürdigen Vorwande, dass er Behauptungen aufgestellt habe, die geeignet gewesen seien, das Ansehen der Regierung des Memellandes herabzusetzen. Kurze Zeit darauf wurde auch dem Landesmeister im Memelgebiet, Luther, seine Stellung vom Directorium gefündigt. Alles spricht dafür, dass diese Maßnahmen gegen das memelländische Beamtenamt nicht vereinzelt bleiben

werden. Es ist offenkundig eine Auszehrung der führenden deutschen Elemente beschäftigt. Zugleich wird ein enttäuschender Schritt gegen die Memel-Konvention und Statut und das Memel-Staat vorbereitet. Konvention und Statut sind seinerzeit vom Völkerbund zur Festlegung und Sicherung der Autonomie des Memelgebietes innerhalb des litauischen Staates und zum Schutz des deutschen Elementes im Memelgebiete vereinbart und von der litauischen Regierung feierlich anerkannt und unterzeichnet worden. Ein offenkundiger Widerspruch zu diesen Verpflichtungen wollen Gouverneur und Directorium jetzt Kontrollkommissionen über Überwachung der Ausführung der Memel-Konvention und zur Ausdehnung angeblich vorhandener Missstände einzuführen. Als Grund für die Einrichtung dieser Kommissionen wird angeführt, dass die tatsächlichen Verhältnisse im Schulwesen, in der Verwaltung und auf anderen Gebieten nicht mit den Bestimmungen der Konvention übereinstimmen. Die Kompetenzen der autonomen Behörden des Memelgebietes sollen zwar angeblich durch die neuen Kommissionen eingeschränkt werden, die memelländische Bevölkerung fürchtet aber sicher nicht mit Unrecht als praktische Auswirkung der neuen Maßnahme eine Einschränkung, vielleicht sogar die Vernichtung der Autonomie. Diese Gefahr ist um so größer, als der memelländische Landtag zur Zeit angekündigt ist, als feinen Protest erheben kann. Die Bevölkerung ist nicht von der Hand zu weisen, doch Gouverneur und Directorium die Begebung dieser Kontrollkommissionen vornehmen, ehe der Landtag überhaupt bestellt werden kann. Unter diesen Umständen würden die Kommissionen voraussichtlich eine ganz einseitige litauische Zusammenfassung erhalten.

Es kennzeichnet die eigenartige Natur der Verhältnisse im Memelgebiet, dass Directorium und Landtag sich bisher aus die Bildung einer tragfähigen Regierung nicht einlassen konnten, das der Landtag schließlich unter der Herrschaft des Militärdiktators am 22. Januar d. J. aufgelöst wurde und das die Neuwahlen zu diesem Landtag, die ursprünglich auf den 4. März d. J. angesetzt waren, auf den 8. April und seitdem immer weiter hinausgeschoben werden. Immer aufs neue wird die Neuwahl von litauischer Seite an die Bedingung geknüpft, dass jeder Großlitauer, der im Memelgebiet sich aufstellt, auch die litauischen Soldaten, in diesem Gebiete wohlberüchtigt sein sollen. Dieser Standpunkt wird von den deutschen Parteien und auch vom Magistrat der Stadt Memel energisch zurückgewiesen, da er dem Begriff der Autonomie des Landes in direktem Gegensatz steht. Nunmehr versuchen die litauischen Behörden den Wahlbehörden, die bisher fast nur aus Deutschen bestanden, eine andere Zusammensetzung zu erzwingen. Das derzeitige Directorium Schewinslaw geht nach dieser Richtung mit den schärfsten Mitteln vor. Es ist nicht anzunehmen, dass die deutschen Parteien des Memelgebietes sich durch deutsches Druckmittel trennen lassen. Sie werden weiter für die Selbstbestimmungsrechte kämpfen und nötigenfalls sich an den Völkerbund wenden müssen. Niemand kann ihnen verdenken, wenn sie für ihr höchstes Gut, die Autonomie, bis zum letzten Attempth kämpfen. Wirtschaftliche, volkliche und kulturelle Belange stehen für sie auf dem Spiel. Die Wirtschaft des Landes liegt schwach an der Niedrigkeit. Die Holzindustrie, das Autarakt der Memeler Wirtschaft, verflümmt, der Memeler Hafen verlor, die Presse ist in ihrer Selbständigkeit gefährdet. Presseverbote und Beamtenausweisungen sind an der Tagesordnung. Hier steht eine ganze Kultur, die deutsc̄e Kultur, auf dem Spiele. Die deutsche Kultur, Erziehung und Gestaltung laufen Gefahr, von ihrer ursprünglichen hohen Höhe herabzufallen. Unzweckhaft war das deutsche Element im Memelland, wie überhaupt im Osten, das staatsbildende und staatsaufbauende Element. Die Litauer werden sich sehr schädigen, wenn sie dieses wertvolle Kulturelement vernichten würden.

Die polnischen Maßnahmen im oberschlesischen Schulkonflikt.

In dem oberschlesischen Schulkonflikt, der dadurch entstanden war, dass die polnischen Schulbehörden die Anmeldungen von mehr als 2000 Kindern für die deutschen Minderheitsschulen für ungültig erklärt hatten, was bei der Tagung des Völkerbundsrats im März dieses Jahres ein Kompromiss zufinden, wonach die politischen Behörden den größeren Teil dieser Kinder in die deutschen Schulen aufnehmen und die Besetzungen der Erziehungsberechtigten einfesteln sollten, während für einen kleinen Teil der Kinder unter Zugabe eines Schweizer Schulmanns festgestellt werden sollte, ob sie hinreichende deutsche Sprachkenntnisse für den Besuch deutscher Schulen besitzen. Am 19. April hat nun der polnische Wojewode in Katowitz dem deutschen Abgeordneten Ulrich eine Erklärung darüber abgegeben, welche Maßnahmen die politischen Behörden auf Grund dieser Entscheidung des Völkerbundsrats veranlassen würden. Nach dieser Erklärung sind seit dem 9. April keine Polizei strafen mehr verhängt worden. Wegen der gerichtlichen Besetzungen will sich der

Wojewode mit den Gerichtsbehörden in Verbindung setzen. Die deutschen Kinder sollen so bald wie möglich in deutsche Schulen aufgenommen werden.

Diese sehr späten Anordnungen der polnischen Behörden müssen als eine sehr wenig befriedigende Ausführung der Generalkonferenz bezeichnet werden. Seit dem Tag dieser Entscheidung, dem 12. März, haben die polnischen Polizei- und Gerichtsbehörden nicht weniger als 658 Befragungen gegen Erziehungsberechtigte ausgetragen, und die Einzelung der gerichtlichen Befragungen wird auch heute noch nicht sichergestellt, obwohl die politischen Behörden als Kläger nur ihre Klagen zurückzuweisen brauchten. Vor allem aber ist gar keine Gewähr dafür gegeben, daß die Toungas von deutschen Kindern, deren Aufnahme in deutsche Schulen nach dem Beschuß vom Genf zu erfolgen hat, nur in nächster Zeit auch wirklich aufgenommen werden, obwohl Deutschland auf diesen Kompromiß hauptsächlich deswegen eingegangen ist, weil dadurch den Kindern, die seit mindestens dreiviertel Jahr überhaupt keine Schule besuchen, endlich der Unterricht gesichert werden sollte. Die Zurückzahlung bereits verhängter Strafen hat der Wojewode ausdrücklich abgelehnt.

Ob es den polnischen Behörden nunmehr damit Ernst ist, die Aufnahmen in deutsche Schulen durchzuführen, zu denen sie verpflichtet sind, bleibt abzuwarten. Jedenfalls muß damit gerechnet werden, daß der Konflikt bei der mangelhaften Ausführung der von Polen in Genf übernommenen Verpflichtungen noch erledigt ist.

Die Baranya-Konferenz in fünfzehn.

Der größte und wichtigste Teil des Deutschlands im heutigen Ungarn wohnt in der sogenannten Baranya, südlich von fünfzehn. Dieses Gebiet wird militärisch auch die "Schwäbische Türkei" genannt. Die deutsche Bevölkerung dort geht auf den Prinzen Eugen zurück, der nach der Befreiung Ungarns von der Türkeneinfestheit eine große Landabtötung im fünfzehnischen Gebiet erhielt und Kolonisten aus Schwaben berief. Die Begriffe "Ungarn" und "Türkei" waren damals unter den schwäbischen Bauern nicht so sehr voneinander verchieden.

Im ganzen gibt es in Ungarn noch reichlich eine halbe Million Deutsche, so gut wie ausschließlich Bauern. Die eine Siedlungsgruppe liegt direkt bei Budapest und zieht sich von dort durch das Schlesische und den Banatwald nach Südwärts; eine zweite, kleinere, liegt südlich von Budapest auf dem linken Donauufer, die sogenannte Bottschka, und die dritte, im Winkel zwischen Donau und Dran, bei Mórahal und fünfzehn, ist die Baranya, wo die Deutschen zum großen Teil Weinbauern sind.

Durch die ungarische Regierungsverordnung vom 22. Juni 1923 wurde, mit einigen Dornbäumen, das ungarišländische Deutschland der Brauch der Muttersprache im Verkehr mit den Behörden, die Einrichtung von muttersprachigen oder gemischtprachigen Schulen und die Gründung von deutschen Kultur- und Wirtschaftsvereinen als Recht eingeräumt. Dabei fand natürlich das mehrfache darauf an, wie die Verwaltungsbürokratie sich in der Praxis zu der Verordnung stellen, und wie die Deutschen das ihnen auf dem Papier zustehende Recht ausnutzen würden. Bei dem letzten Zweck wurde der "Ungarišländische Deutsche Volksbildungsvorstand" gegründet, der vor dem früheren deutschen Nationalitätenminister, Professor Jakob Beyer, einem höchst verdientenmann, zielbewußt und zugleich flugworfähigen Mann geleitet wird. Das Organ der deutschen Bewegung in Ungarn ist das in Budapest erscheinende Sonntagsblatt, das Muster einer populär wirkenden deutschen Minderheitzeitung.

Bisher war trog der Verordnung von 1923 die Baranya auf administrativer Weise für die Arbeit des Volksbildungsvorstandes gut wie gesperrt. Bei der letzten ungarischen Parlamentswahl gelang es aber Beyer trotzdem, seviel deutsche Stimmen doch zu gewinnen, daß er als ausgesprochen deutscher Kandidat einen Sitz im Abgeordnetenhaus erhielt. Jetzt ist nun auch für den Volksbildungsvorstand der entscheidende Durchbruch erfolgt, und auf einer Predigt in fünfzehn zwischen deutschen und madjarischen politischen Führern ist die Freigabe der Baranya für die deutsche Arbeit erfolgt. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach an allen Orten, wo die deutsche Bevölkerung den Wunsch nach Einrichtung einer Ortsgruppe äußert, eine solche ohne Gegenwirkung von madjariſcher Seite gegründet werden soll. Das Bezeichnendste dabei ist die hierfür gegebene Begründung:

„Doch seit Kriegsende außerhalb der Grenzen Ungarns madjariſche Minderheiten vorhanden seien, und daß, wenn man das Madjarentum derselben erhalten wolle, vor der Welt dokumentiert werden müsse, daß die deutsche Minderheit Kampfungen in sprachlicher und kultureller Hinsicht alles erhalten hat, was zu ihrer völkischen Existenz und freien Entwicklung notwendig ist.“

Dr. Paul Rohrbach.

Die Frauen und das politische Wahlrecht.

Von Dr. Hartwig, Direktor d. Stat. Landesamtes in Lübeck.

Es sind jetzt gut acht Jahre her, daß die Frauen bei uns das politische Wahlrecht erhielten. Sie haben sich wohl meist darüber gefreut, zum Teil es aber auch grundsätzlich oder doch instinktiv abgelehnt. Es verlohnzt sich deshalb, einmal zu untersuchen, in welchem Umfang und in welche Richtung sie im Laufe der Jahre von ihm Gebrauch gemacht haben.

1. Die Wahlbeteiligung der Frau ist überall in Deutschland festzustellen; man braucht nur die Wählerlisten auszählen und die Zahl der eingetragenen Wählerinnen mit denen, die abgestimmt haben, zu vergleichen. Eine solche Auszählung macht aber naturgemäß viel Arbeit und wird deshalb meist unterlassen. Soweit sie vorgenommen wurde, ergab sie überall das gleiche Ergebnis: Die Frauen machen seltener als die Männer von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Die Wahlbeteiligung in Deutschland nach dem Geschlecht.

Siedlung	Zeit und Art der Wahl	Von 100 wahlberechtigten Frauen machten:
Reich (Teilergebnisse aus 18 Wahlbezirken, 4 Verwaltungsbereichen)	1920, Reichstag 1924, Reichstag (1*)	72,7 87,9
Bayern	1919, Landtag 1919, Nationalversammlung	86,9 84,4
Württemberg	1924, Landtag 1924, Reichstag (2*) 1924, Landtag 1924, Nationalversammlung	77,5 76,6 83,8 84,2
Baden (50 Gemeinden)	1924, Landtag 1924, Nationalversammlung	74,5 82,5
Bayern	1921, Stadtwahlverordnung 1924, Reichstag (1*) 1924, Reichstag (2*)	69,4 82,5 71,7
Berlin-Spandau	1925, Reichspräsident (1*) 1925, Reichspräsident (2*) 1925, Stadtwahlverordnung 1924, Reichstag (1*) 1924, Reichstag (2*)	78,7 84,1 84,1 66,5 67,5
Brandenburg	1924, Reichspräsident (1*) 1924, Reichspräsident (2*)	82,9 82,9
Stuttgart	1925, Reichspräsident (2*)	70,2
Mannheim	1919, Nationalversammlung	89,5
Hessen (Westfalen)	1924, Reichstag (1*) 1925, Reichspräsident (1*) 1925, Reichspräsident (2*)	71,0 70,8 70,8
Mainz	1924, Stadtwahlverordnung	66,0 64,2
*) Wahlgang.		50,4

Anfangs blieben sie nicht viel hinter den Männern zurück; es war wohl der Reiz der Neuerheit, der sie zur Urne trug. Doch war schon damals der Wählerfraktion der Männer größer, und zwar in noch höherem Maße, als sich aus den Zahlen ergibt, weil noch manche kriegsgelangten waren und deshalb nicht mitmachen konnten. Neuerdings bleibt die Wahlbeteiligung der Frauen mehr um rund 10 v. H. hinter der der Männer zurück.

Woher kommt das? Nun, die Frau in insoweit Anlage und Erziehung politisch weniger interessiert, zum Teil sieht sie auch wohl den Aufwand an Zeit und Kraft, den die Wahl, besonders bei schlechtem Wetter auf dem Lande, erfordert. Die Wahlbeteiligung ist auf dem Lande immer geringer als in der Stadt; in Sachsen wählten 1922 nach Städten 84 v. H. der Männer und 79,5 v. H. der Frauen, auf dem Lande nur 79,8 v. H., bzw. 85,1 v. H. Die Landfrauen zeigten aber nur ein geringes politisches Interesse. Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Reichsamts über die erste Reichstagswahl im Jahre 1924 war die Wahlbeteiligung der Frauen in vier Verwaltungsbereichen in allen Altersstufen geringer als die der Männer, und zwar wurde der Aussatz an Frauenstimmen mit zunehmendem Alter ständig größer. Den über 70 Jahre alten Wahlberechtigten wählten bei den Männern noch 79 v. H., bei den Frauen nur noch 58,4 v. H. Schon im 60. bis 65. Lebensjahr nahmen die Frauen nur noch zu 77,4 v. H. an der Wahl teil. Allfällige Erfahrungen sind auch in Bayern und Württemberg gemacht.

Die starke Wahlbeteiligung der Frauen ergab sich für das Alter von 40 bis 45 Jahren. Einmal, nämlich in Mainz (Stadtverordnetenwahl vom 15. November 1925), ist auch die Wahlbeteiligung nach Berufsgruppen ermittelt worden. Danach wählten von je 100 Frauen bei den Arbeitern 52,5, bei den Hausfrauen und Töchtern 51,5, unter den Selbständigen 51,2, unter den Angestellten 48,4 und unter den Hausangestellten 38,5. Der geringe Wählerfraktion der Haushalteffekt ist wohl eine überall feststellbare Erscheinung.

2. Welchen Parteien die Frauen ihre Gunst zuwenden, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen. Es mögen denn besondere Uren für sie ausgefallen oder verschiedenfarbige Wahlumschlüsse oder getrennte Wahlkästen für die Geschlechter vorgekommen sein. Das ist bisweilen geschehen, regelmäßig z. B. in Spandau und Bagen-

(Westfalen). Das Ergebnis ist: Die Frauen bevorzugen die Rechtsparteien und das Zentrum und halten sich von den Radikalen aller Richtungen zurück.

Das Wahlergebnis nach Partei und Geschlecht.

a) Von je 100 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf die nachstehenden Parteien:

Land bzw. Stadt	Jahr und Amtsjahr der Wahl	Deutschland national		Deutsche Rechts- partei (Nieders- sachsen)		Zentrum (christl. Damen, Deutsche)		Demo- kraten		Blaue Röthe		Sozial- demokratie		Kommu- nisten					
		m.	f.	m.	f.	m.	f.	m.	f.	m.	f.	m.	f.	m.	f.				
Nied. (Eider- aus 1880/Bühlitz)	1920, Reichstag	4,4	5,6	13,0	18,2	—	—	10,0	14,4	7,0	8,2	—	—	26,4	19,2	2,4	1,4		
Bremen (104 Stimmberechtigte)	—	—	—	14,6	26,8	—	—	32,7	49,0	17,2	16,4	—	—	42,6	28,0	—	—		
Sachsen (50 Gemeinden)	1922, Landtag	12,5	14,5	23,6	26,6	—	—	0,8	0,9	8,9	8,7	—	—	40,2	38,3	13,9	10,6		
Thüringen	1924, Reichstag (1*)	—	—	—	—	—	—	47,6	52,0	1,8	1,5	4,2	3,9	1,8	1,0	53,0	52,3	11,5	8,9
	1924, Reichstag (2*)	—	—	—	—	—	—	54,1	51,7	—	—	—	—	—	—	—	—	11,3	8,6
	1924, Landtag	—	—	—	—	—	—	29,4	27,2	3,2	2,8	—	—	—	—	—	—	20,4	20,0
	1924, Reichstag (1*)	17,6	22,4	8,4	9,2	—	—	31,4	49,0	9,7	9,7	8,2	8,2	26,5	26,4	50,7	42,2		
Berlin- Spandau	1924, Reichstag (2*)	19,5	24,5	6,3	6,9	—	—	3,6	5,2	6,8	6,3	3,8	2,7	40,2	38,9	14,1	9,9		
	1925, Reichstag (1*)	—	—	—	—	—	—	32,9	37,9	—	—	—	—	—	—	—	—	11,0	6,9
	1925, Reichstag (2*)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9,1	5,8
Hagen (Westf.)	1924, Reichstag	18,1	23,6	5,5	5,8	56,7	40,3	3,1	5,0	5,4	4,4	—	—	41,9	40,9	3,7	3,7		
	1924, Reichstag (1*)	13,0	16,3	10,9	12,1	—	—	50,0	37,2	19,5	25,1	18,0	12,5	1,0	0,7	22,2	16,2	14,5	7,8
	1925, Reichstag (2*)	—	—	—	—	—	—	41,1	46,8	—	—	—	—	—	—	—	—	14,5	8,1

b) Auf je 100 Männerstimmen kamen Frauenstimmen

Besonders springt in die Augen, wie stark das Zentrum auf das Frauengenügt wirkt. Das macht sich überall, in stärkstem Maße aber in überwiegend katholischen Gegenden bemerkbar (siehe Bruchsal). Hier kommen die religiösen Kräfte in der Frau zur Geltung. Auch in kirchlichen evangelischen Landesteilen ist das unverkennbar. Politische Parteien, die das Religiöse nicht respektieren, schneiden sich damit ins eigene Fleisch. Weiter ist es die nationale Idee, die in Frauenkreisen besonderen Anhang findet, und auch wohl noch die Idee der Mitte. Schon bei den Demokraten beginnt der weibliche Einfluss schwächer zu werden. Eine Ausnahme bildet vornehmlich Hagen, der einzige Wahlkreis Eugen Richters; hier scheinen alte Erinnerungen nadzuwirken. Deutlich zeigt sich bei Kommunisten und Dörflichen, daß den Frauen das Radikalismus im Programm wie in der Tonart nicht sympathisch ist; die Extremen finden ihren Anhang hauptsächlich unter den Männern.

c) Von 100 Wählerstimmen kamen Frauen

In	über- haupt	Zentrum	Reichs- partei	Orb- und Kod.	De- mokr.	Wl- föde	Ges.- dem.	Kommu- nism.	In	über- haupt	Zentrum	Reichs- partei	Orb- und Kod.	De- mokr.	Wl- föde	Ges.- dem.	Kommu- nism.
Thüringen (1924, Landtag)	107,3	—	—	116,4	—	101,3	105,4	92,0	Reich (1920, Reichstag)	53,0	59,0	54,0	51,0	47,0	—	43,0	37,0
Bruchsal (1919)	109,0	176,0	107,0	—	102,0	—	50,0	—	Sachsen (1922, Landtag)	62,8	57,6	56,9	52,8	—	51,0	46,0	—
) Wahllosg.	—	—	—	—	—	—	—	—	1924, Reichstag (1)	47,8	59,6	47,7	48,8	49,6	—	38,7	32,7
	—	—	—	—	—	—	—	—	" (2*)	47,1	59,9	46,6	44,8	43,8	—	38,8	31,5

Im Spreewald.

von Dr. Carl Sonnenfels.

Das Boot gleitet totstill. Kein Rudergeräusch. Der Häfermann hört nur mit der langen Stange gegen den sandigen Boden. Blasen sind Lust und Landkreise. Eine blonde Libelle. Särt und lautlos. Eine aufgeschreckte Drosself. Um geschnittenen Rand des Kanals ueberacht eine Wasserfroschpe. Deihen durch den Spiegel schwimmt, wie wenn sie über Land schaffe, die Ringelnetter. Linsf über der sahlen Wiese mit breitem Schlag ein schwärzweisser Storch. Meerrettig auf den Feldern. Zwiesbel. Dahinter dunkelrotener einsamer Vogel. Du glaubst mit dem Vogel zur Insel der Toten überzammen. Nur daß die Insel keine Böschlinnen Zipperen, sondern Weidenäume und Erlen trägt. Keine dunkel durchbrechtes Gras. Hollunderduft. Sackstielchen wiegen über Stein und Zweig. Eine Nebelflorie wiegt sich im Wind. Von ferne ruft unermüdlich ein Kuckuck. Alles aber spärlich und matt! Mit melancholischer Gedärde und in stiller Haltung.

Dieselbe Landschaft erträgt sich vorübergehend. Zum Ausruhen der Nerven. Ihre Silbernäume und das leuchtende Eis dieser Felder, die im Winter Kilometerweit unter Wasser stehen und zufrieren, erfordern weiches und romantisches Gemüth. Erfordern Rosateneinfarbe von Deger oder Jettbach. Erfordern den sanften Willen zur Ruhe. So umgängt uns rekonvaleszentenhof mit weichen Händen die Sonne des Spreewaldes. Für einen Tag, der vergessen macht.

Drüber aber liegt Berlin mit all seiner Not, all seiner Gier, all seinem Kampf. Diese Landschaft liegt verträumt. Abheits. Wie ein Totenreich. Das die Tore der Welt hinter sich geschlossen hat. Hier gleitet alles unberührbar. Kein Röhrgeräusch. Im Spreewald gibt's keine Pferde. Kein Kuhgebell auf weiter Wiese. Die sieben flogisch und unsichtbar im Stall. Kein Automatattern. Kein Motorrauschen.

Diese blanke Kanäle sind dem Motorverkehr gesperrt. Nur Kahn! Kahn! Kinder, Briefträger, Frauen, sensiblenhelle Schnitter! Die das karle Gras gebündelt heimwärts tragen. Alles auf Kahnem. Man bedingt mit dem Kahn. Man fährt mit dem Kahn zur Laufe und Holzhüt. Gleitendes Leben auf ebener Fläche. Raum irgendewo, von der Schleuse gekrempelt, aufwärts und abwärts. Weithin spiegelnde, unbewegte Stille. So gleiten wir die Bäche entlang. Die gutgeschrittenen, aufgeräumten, gedachten. Wenn die Sonne wärmer einkehrt, fällt sie und da das Wasser dicht zum Sandboden. Wie liegen aus und helfen dem hölzernen Kahn eine Strecke weit über die Bänke hinweg. Rechts und links buchten sich verwachene Bäche in das Eagonenland. Unbeschaffen und seltsamfaben. Sie gehen still und weit durch die Felder. In diesen einsamen Hörsden blühen Serofen. Von feiner Hand herbst. Schneeweiß. Blühen und verblühen, nur wie und da aus unerreichbare Ferne weiß angeschaut, in die Wälder hinaus...

Nun öffnet sich der Erlenwald, und vor uns liegt weitgerundet auf Burg hinaus die Wiese. Dieses Land, durch das die Spree in dreihundert Binnenseen gleitet, ist Wald und Wiese. Nur um die Siedlungen, um die stillen Dörfer herum, drängen sich Gärten. Songlich gepflegt. In der Hut der Scheunen und der Häuser. In die Wiesen hinein lagert sich Weidengestrüpp. Land, das dem Grasen gehört. Das Gebrüll ist Ondbach für flüchtiges Wild, das dem Jäger erhalten wird. Weiter hinaus Heuschober über Stangen aufgestellt und sattel. Auch wenn das Wasser steht, reicht es nicht an den Stapel hinan. Auch die Häuser sind über den Boden gebogen. Kellerlos und auf Balken gelegt. Alles wechselt mit diesem Wasser, das von der Laußig her über Leide und Elbbenen und Elbbüben nach Berlin strömt. Bei Elbbüben sammelt es sich. Die Binnensee schwelten zum Fluß. Vor dem Dorf seien wir uns



an die Brüstung der Gastwirtschaft und schauen in den unendlich feinen, unendlich zarten Abend hinaus. Hinter Geranien gleiten drüber am Karrenrand die Böote. Wie ein Bühnenbild. Mit bunten Menschen. Mit grauen Menschen. Mit schlafenden Kindern. Mit alternden, arbeitsmüden Frauen, die vom Felde heimkehren.

Und über umfangen schmeichelnd, beeinlich, tief all dieser Glanz, all diese Weichheit, all diese Ruhe. Wir werden noch ein Stift sprechendes Gleiten. Dann werden wir vor den Balken anhalten, die am Schloßpart liegen. Dann werden wir wieder auf festes Land treten, und der Abend wird uns wie aus einem Traum in die harte

Arbeit zurücktragen. Wunderbar, einen Tag in der Sonne zu liegen und dem Reiter zuschauen, wie er hoch über den Erlen hängt. Es ist gerubus, sich einmal vom Hochland zum tiefen Waffer schleifen zu lassen und im Schweigen dieser Natur verlossen mit sich selber zu sein. Aber diese Natur ist doch nicht unsere Heimat, Heimat ist uns geworden die Stätte der frischenden, reisenden, ruhelosen Arbeit. In ihr haben wir einen Beruf auszufüllen, und der Beruf geht über jedes Ruhem.

Aus dem zweiten Bandchen der „Rötzen, Weltkulturerziehung von Dr. Carl Sonnenchein“; Verlag Germania, Berlin C. 2. — Der Verfasser, ein katholischer Geistlicher von genialer Philanthropie, gehet als Landschaftsschilderer an Seite Fontanes.

Blick in die Bücher

Der Staat, von Hans Grever, 2. Aufl., Verlagsbuchhandlung Ernst Wiegand, Leipzig 216 S.

Dieses Buch ist eine Art hohes Lied auf den Staat, eingekleidet in die Form einer geschichtsphilosophischen Betrachtung über die Entwicklung der Kultur. Der Verfasser unterscheidet drei Stufen in der Entwicklung des Geistes, die Stufe des Glaubens, des Stils und des Staates. Jene erste bezeichnet er als die theoretische Wendung des Lebens, die zweite als die gegenständliche Wendung des Geistes und die dritte als die politische Wendung des Geistes. In dieser dritten Stufe sieht er den Gipfel und Zielpunkt der Entwicklung des Geistes überhaupt. „Man kann fragen, ob der Staat die leiste und höchste Form ist, in der die Menschheit auf Erden leben kann. So viel allerdings steht fest, daß der Staat die leiste und höchste Stufe des Geistes ist.“ Das ist logistisch der Kern des Glaubensstiftens von Grever. Er dreht das Gebilde des Staates wie einen Kritall nach allen Richtungen in den Händen herum und durchleuchtet es mit scharfer Linse. Man braucht nicht überall mit ihm eins zu sein. Denn er verabsolutiert vielleicht allzu sehr sein Ideal. Auch erfordert die Lektüre eine ziemliche geistige Anstrengung, um so mehr, als die Darstellung stellenweise hart an die Myistik reift. Sie ist ausgedehnt spekulativ. Aber immer wieder findet sich doch in den Differenzen des Verfassers eine Reihe von treffenden Beobachtungen und Formulierungen. Wir zitieren hier nur eine selten prägnante Definition des Staates: „Ein Staat ist die Einheit eines Reichs und eines Volks.“

Im ganzen ist das Buch typisch deutsch. Es geht mit bohrendem Schaffnern dem Wesen des Staates nach und verkennt sich mit gläubiger Inbrunst in seine tiefsten Tiefen. Aber man wird immer wieder bei der Lektüre dieser deutschen Ergründungen der „Seele des Staates an die leider allzu berechtigte Bemerkung des meisterhaften spätkonservativen Denkers Trost erinnert: „Deutschland hat lange über die wahre Natur des Staates philosophiert, während die britische Bourgeoisie in derselben Zeit den in seiner Art vollendeten Staat für die Bedürfnisse ihrer Herrschaft aufbaute.“ Und das eigentlich ist außerdem, daß diese deutsche Philosophie des Staates, da wo sie ihn — mit Recht — in den Mittelpunkt der Theologie rückt, allzu leicht in die Machtheorie abrutscht: wiederum im Gegensatz zu der angelsächsischen Praxis der Theorie. Am bedeutsamsten erscheint uns in diesem Zusammenhang eine Bemerkung Grevers wie die: „Die Diplomaten seien die Sacke des Strategen eine Weile lang mit anderen Mitteln fort.“ Als philosophische Leistung, die es wohl sein will, ist das Buch sicher bedeutend. S.

Handwörterbuch des Kaufmanns, Lexikon für Handel und Industrie. Herausgegeben von Karl Bott unter Mitwirkung von 350 Mitarbeiter, mit zahlreichen Abbildungen, Tabellen und Statistiken, geographischen und Wirtschaftskarten. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1926. Band I und II, je 50 RM.

Der Herausgeber ist, glaube ich, als er daran ging, den Aufschluß dieses Lexikons zu machen, etwa von folgender Erwägung ausgegangen: Es gibt Nachschlagewerke der verschiedensten Art, das Handwörterbuch der Staatswissenschaften, das Konversationslexikon u. a. m. Für spezialwissenschaftliche Zwecke wie für den allgemeinen Bedarf des Staatsbürgers an Wissenstoff ist hinreichend gesorgt. Der Mann aber, der im praktischen Wirtschaftsleben steht, vermisst allzu häufig ein Nachschlagewerk, das ihm bei seinem Berufsarbeit schnell und erschöpfend, in klarem Deutsch und möglichst unbefremdet von Fachwissenschaftlicher Terminologie Auskunft auf allen Stoffgebieten gibt, die das weitreichende und überreich gegliederte Wirtschaftsleben der Gegenwart umfaßt. Was fehlt, ist: eine Synthese etwa von Handwörterbuch und Broschur, eingekleidet auf die täglichen Bedürfnisse des Wirtschaftspraktikers. Das wird, denke ich, die ursprüngliche Erwagung gewesen sein, von der der Herausgeber des vorliegenden Handwörterbuchs ausging. Er nennt es ebenfalls „Handwörterbuch des Kaufmanns“ — aber unter der Hand hat es sich ihm ausgeweidet zu einer wirtschaftlichen

Enzyklopädie, der wir in Deutschland Gleichartiges und Gleicherwichtiges nicht an die Seite zu stellen haben. In sehr weitem Grenzen ist das Stoffgebiet abgedeckt: Fragen der Volkswirtschaftslehre und der Volkswirtschaftsstatistik, der Land- und Forstwirtschaft bilden ebensowohl den Gegenstand eingehender Behandlung wie Fragen der Chemie und der Technik, des Zeitungswesens, des bürgerlichen und des Strafrechts, der Wirtschaftsstatistik, der Soziologie, des Verkehrs- und Versicherungswesens usw. Daneben sind auch Konjunktur- und Gesellschaftswesen, Konzerne und ausländische Wirtschaftsformen, die Wirtschaftsgeographie der einzelnen Länder, Organisations- und Finanzierungsfragen, Bilanz- und Steuerrechten, Warenkunde und Handelsbraude, Preise und Parteidienst, die deutschen Städte bis zu den kleinsten Ortschaften mit Einschluß der in ihnen angesiedelten industriellen Unternehmungen unter Angabe der Arbeitszahl usw. dargestellt. Wir sehen: auch die Grenzen des Wirtschaftslebens sind in den Kreis der Betrachtung eingesogen. Gerade unter dem Gesichtspunkte, daß die Grenzen dieses Nachschlagewerkes nicht allzu eng gezogen sind, hat sich dieses Handwörterbuch zu einem umfangreichen und lädierten Nachschlagewerk ausgeweitet, das aus kaum eine Frage aus dem überreichen Komplex des modernen Wirtschaftslebens die Antwort verläßt. Knapp und präzis, aboldo jeder weitweltigen Erklärung, und doch erreichend in der Darstellung und in hohem Grade instruktiv für die einzelnen Abhandlungen des Werkes, das durch eine reiche Beigabe von Bildern, Tabellen und Karten die Anschaulichkeit des Textes wesentlich erhöht. Ein umfassendes Sammelwerk von klar durchgeführter Systematik, ein sehr brauchbares, zuverlässiges, von Gelehrten und Männern der wirtschaftlichen Praxis bearbeitetes Nachschlagewerk, das jedem im wirtschaftlichen Leben Stehenden, der sich auf dem hier behandelten Stoffgebiet schnell und zuverlässig unterrichten will, wertvolle Dienste zu leisten vermag.

Demosthenes. Von Georges Clemenceau, Deutsch von Dr. Alfred Baur, Basel, 126 S. Preis 3 Fr. (2,40 M.), geb. 4 Fr. (5,20 M.). Verlag Benno Schwabe & Co., Basel 1926.

Dies Buch ist ein Werk eigener Art, eigenartig durch die Person des Verfassers wie auch durch seinen Inhalt. Clemenceau, der alte Handwerker und Deutsherrnkind, läßt hier, gefüllt aus gute Quellenkenntnis des griechischen Altertums, den großen Gegen Philipp von Makedonien reden und singt sein Lob als Redner und Mann der Tat. Aber das ist nur die Kultur. Zwischen den Zeilen redet und philosophiert er selbst und scheilt sich vom Herzen, was er in direkter Anrede an die Franzosen und an die Welt nicht sagen möchte. Ganz wie in alten Tagen preist er seinen landestreuen Bürgerpol und Bürgertumengen. So sagt er einmal, daß der Kriegsmarsch umsonst Wunder vollbringt, wenn er nicht vom Bürgerpol getragen wird. Ganz erfüllt von der Weisheit des Alters und einer langen staatsmännischen Erfahrung, zeigt er an dem Beispiel der Griechen, wie ein Volk freiheit, Größe und Einfluß verlieren kann, wenn es in Schlaflosigkeit und Unreinlichkeit versinkt und nur der Pflege der schönen Künste sich bringt. Man spürt den echten Clemenceau auf Schrift und Tritt. Es ist sein lebhafter Stil, seine Metorik, sein Feuergeist. Dies Buch, so klein es auch in Umfang ist, ist gewissermaßen Clemenceaus politisches Testament. Der Überlebende bat verstanden, die Eigenheiten und Schönheiten des nicht immer leicht gegliederten Clemenceaus Sprachstils treffend und formgeschickt wiederzugeben.

Durch Erlaß des Herrn Reichspräsidenten vom 11. April 1927 sind in der Zentralleitung der Reichszentrale für Heimatdienst folgende Ernennungen erfolgt: Dr. Siegler und Prof. Noloff zu Oberregierungsräten, Dregge, Barth, Horwitz zu Regierungsräten.

Ganzleinenbände

**JEDER
BAND
1 30
Mk.**



In dieser Sammlung bringen wir bekannte Romane in vollständigen Ausgaben. Trotz des fabelhaft billigen Preises ist auf gute Ausstattung Wert gelegt. Jeder Band ist staubfrei in durchsichtiges Glanzpapier verpackt und eignet sich so auch besonders zu Geschenzwecken.

Titel der Bände:

Alexis, Hosen des Herrn von Bredow
Anzengruber, Sternsteinhof
Brachvogel, Friedemann Bach
François, Reckenburgerin
Hauff, Lichtenstein

Keller, Zürcher Novellen
Kleist, Michael Kohlhaas u. a. Novellen
Ludwig, Heitererthei
Meinholt, Bernsteinherre
Storm, Novellen — Schimmelreiter

Wir liefern die vorstehenden Bände porto- und frachtenfrei auf Wunsch auch gegen

Monatsraten à 3,— Mark

Bestellschein.

Hiermit bestelle ich bei Verlag und Buchdruckerei Otto Schwarz, Berlin S 42, Brandenburgstr. 21, Ganzleinenbände à 1,30 Mk. Betrag ist auf Postcheckkonto Bln. 41286 eingezahlt — ist nachzunehmen. Begleichung erfolgt in Monatsraten à 3 Mark, wobei die erste Rate bei Zuwendung nachzunehmen ist. Erfüllungsort Berlin-Mitte 62. Eigentumsmrecht vorbehalten.

Ort und Datum: Name und Stand:

AUSWANDERER

finden Rat, Ausklärung, alles Wissenswerte in den vom Reichswanderungsamt empfohlenen, jetzt in 2. Auflage erschienenen

Taschenbüchern des Auswanderers
Es liegen vor: Brasilien (M 2,50) — Vereinigte Staaten (M 2,80) — Deutsch-Ostafrika (M 2,50) — Deutsch-Südwestsafira (M 2,50) — Paraguay und Uruguay (M 2,50).

Jeder Band reich illustriert und mit 1 Karte versehen.

SAFARI VERLAG GmbH
BERLIN W 35, Lützowstr. 89-90

Früherer Geschäftsführer

i. Westpr. Verein Groß-Berlin, Abstimmungs-Organ, u. Sekr. i. Reichswehr-Ministerium, 31 J., verh., beste Umgf., erste, unbed. zw. verl., verantwortungsbew., schöpferisch-organisatorische Arbeitskraft, gut Kenner des Grenzmarkenprobl. in seinem vielseit. kulturellen und ökonomischen Auswirkungen, der wirtschaftl. wie idealen Führung d. Landwirtschaftl. industriellen Siedlung, und Erfahrung i. Beruf, mit verantwortungsbew. Büropraxis, Diktatkorrespond., schief. Diktatmaschinenschreiber, volkswirtschaftlich u. jurist. vorgebild. bestens bewandt, in Kasernen, Steuer-, Hypotheken-, Grundstückswirtschaftsgewesen usw., sowie in der Leitung von Kuranstalten und Erholungsheimen,

sucht geeignete, auch einfache Position

in Verwaltung, Handel oder Industrie bei bescheidenen Ansprüchen. Kasution kann durch Grundstücksbildre in größerer Höhe gestellt werden. Erstkl. Ref. Gefl. Zuschr. erbeten an Georg Kupprich, Neisse/Schles., Wilhelmstr. 18.

BOTT'S **Handwörterbuch** **des Kaufmanns**

LEXIKON FÜR HANDEL UND INDUSTRIE IN 5 BÄNDEN

Herausgegeben von Karl Bott

Das erste große Kaufmannslexikon in 5 Bänden! Gibt schnell, zuverlässig und gründlich Antwort auf jede mit dem kaufmännischen Leben im Zusammenhang stehende Frage, sei es auf dem Gebiete der Betriebswirtschaft, der Volkswirtschaft, der Warenfunde, der Wirtschaftsgeographie, des Rechts oder der Technik. Über alle wichtigen Wirtschaftsbegriffe enthält es geschlossene Abhandlungen bekannter Persönlichkeiten. — Über 350 Mitarbeiter! 5500 Seiten Umfang; 32000 Stichwörter; 2400 Textabdrückungen; 250 Texttafeln; 2600 Statistiken, ab Tabellen; 2800 Abbildungen auf Kunstdrucktafeln; 200 geographisch und Wirtschaftskarten. Jeder Band ist auf feinstes polystreiches Papier gedruckt und in Halbleder gebunden. Bisher erschienen Band 1—4. Preis je RM. 30.—

Band 5 wird im Laufe des Jahres 1927 ausgegeben. Ausführliche Prospektseite mit Probeleisten, Karten u. Kunstdrucktafeln kostenlos

**HANSEATISCHE
VERLAGSANSTALT / HAMBURG 36**

**DER
GROSSE
BOTT**

Bei der Helingschen Verlagsanstalt, Leipzig, erscheint demnächst:

Deutschland

Jahrbuch für das deutsche Volk
1927 ⋆ Herausgegeben von
Reichsminister a. D. Dr. Külz

ca. 240 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und graphischen Darstellungen sowie einigen Kunstbeilagen. Vorzugspreis M. 4.—

Dieses Jahrbuch, das jetzt in seinem ersten Jahrgang erscheinen wird, will dem Vaterland dienen und die Liebe zu ihm fördern. Es will zeigen und nachweisen, was wir in der Wiederaufbauarbeit der letzten Jahre geschaffen, welche Stellung in Wirtschaft, Kultur und Weltpolitik wir wieder erreicht haben.

INHALT

- Bildnis d. Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg.
Reichsminister des Innern a. D. Dr. Külz: Vorwort.
Dr. Osk. Spengler: Vom deutschen Volkscharakter.
Deutschland in Bildern und Zahlen (graphische Darstellungen).
Dr. Schmitz-New-York: Reisen in Deutschland.
Prof. Kienzl: Auf der Donau von Passau bis Wien.
Prof. Bodo Ebhardt: Deutsche Grenzburgen.
Oberpräsident Siehr: Die Insel Ostpreußen.
Univ.-Prof. Brandt: Die Idee in der Geschichte der deutschen Politik.
Reichsminister a. D. Dr. Külz: Auslandsdeutschstum und Heimat.
Reichstagspräsident Löbe: Der großdeutsche Gedanke.
Reg.-Rat Prof. Dr. Braun: Der Widersinn der Teilung Oberschlesiens.
Geh. Rat Prof. Dr. Kahl, M. d. R.: Mehr Staatsgesinnung.
Geh. Rat Prof. Dr. Philipp Zorn: Die geschichtlichen Grundlagen des deutschen Reichsverfassung.
Min.-Direktor Dr. Brecht: Wie teilen sich das Reich und die Länder in die Verwaltungsaufgaben?
General der Infanterie Reinhardt: Manövertage der Reichswehr.
Staatssekretär a. D. Freiherr v. Rheinbaben, M. d. R.: Von Versailles bis Genf.
- Geh. Rat Duisberg: Der deutsche Binnenmarkt.
W. Schäfer: Die deutsche Schicksalsfrage am Rhein.
Bilder und Zahlen aus der deutschen Wirtschaft (graphische Darstellungen).
Staatssekretär a. D. Carl Bergmann: Kriegskosten und Kriegsschädigung.
Reichsminister a. D. Rudolf Wissell, M. d. R.: Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft seit dem Kriege.
Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Das Problem der Arbeitslosigkeit.
Prof. D. Dr. Dr. Bredt, M. d. R.: Die Sorgen des deutschen Mittelstandes.
Dr. Max Osborn: Kunstschaun.
Julius Bab: Deutsche Bühnenkunst 1926.
Dr. Hans Martin Eister: Die deutsche Literatur im Jahr 1926.
Intendant Paul Bekker: Beethoven. Zur Wiederkehr des 100. Todestages.
Geheimrat Dr. van Dyck: Über das deutsche Museum, München.
Siegfried Hartmann: Die modernen Leistungen der deutschen Technik.
Dr. Peltzer: Die Bedeutung des Sports für das nationale Ansehen des Landes.
Staatssekretär a. D. Dr. Th. Lewald: Sport und Volksgesundheit.

Das neue Jahrbuch hat nationale und wirtschaftliche Bedeutung, denn es bietet einen Querschnitt durch die deutsche Gegenwart.

Zu beziehen durch:

ZENTRAL-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 35, POTSDAMER STR. 41

ABTEILUNG SORTIMENT

Postscheckkonto: Berlin Nr. 78995